Wirtschaftsdienst

Deutscher Volkswirt

Herausgegeben vom Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv
(früher Zentralstelle des Hamburgischen Kolonialinstituts)

Der Wirtschaftsdienst erscheint wöchentlich einmal. Jahrespreis bei der Post und im Buchhandel 30.– Mark
In Kommission bei Otto Meißners Verlag in Hamburg. Schriftleitung: Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5. Fernsprecher: Hansa 2447–51

Nr. 3 | Hamburg, den 16. Januar 1920. | 5. Jahrg.

Inhalt:

Deutschland und der Friede ..... Seite 37
Der Ausgang des Krieges ..... „ 38
Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles .. „ 39
Länder-Berichte:
Rußland ..... „ 41
Frankreich ..... „ 43
Weltwirtschaftliche Übersichten:
Geld und Kapital ..... Seite 44
Schiffahrt und Schiffbau ..... „ 46
Rohstoffe und Warenmärkte ..... „ 47
Getreide und Futtermittel ..... „ 50
Vermischtes ..... „ 52
Neueingänge ..... „ 52

Deutschland und der Friede

Am 10. Januar hat man in Paris die Ratifikationsurkunden eines Vertrages ausgetauscht, der einen Krieg von 31 Staaten beendigen soll und keinen Frieden bringen wird. Indem die müden Völker der alten Welt für einen kurzen Augenblick aufatmen, schüttelt sie zugleich das Grauen vor dem unnennbaren Elend, das dem zerrissensten der Erdteile erst bevorsteht: denn der Zustand, den der Vertrag von Paris schaffen soll, bedeutet die Auslieferung von Hunderttausenden an Hunger, Seuche und Irrsinn, den Einsturz der dünnen Schicht, die auch in den letzten Jahrhunderten die europäische Zivilisation nur mühsam über dem Chaos hielt, und den Beginn einer neuen Epoche, in der furchtbarere Gewalten die Herrschaft an sich reißen, als der Fortschrittsglaube der Früheren in der Geschichte der Menschheit wirksam glaubte.

Der Krieg war aus einer Aktion zu einem Weltzustand, aus einem militärischen Prozeß zu einer Erschütterung des Gesamtlebens geworden — von allen früheren Kriegen verschieden wie ein dreidimensionales von einem zweidimensionalen Gebilde; den kommenden Jahrzehnten aber näher verwandt als diese mit irgend welchen früheren Friedensjahrzehnten. Denn die Ursachen, die zum Kriege geführt, erst seine Verlängerung, dann den jähen Abbruch erzwungen haben, wirken mit unverminderter Stärke fort. Wo der Krieg Krampf und Zerrüttung aufgerufen hat, wird in Zukunft härterer Krampf und ärgere Zerrüttung wirken, bis eines Tages Volk und Erdteil das Doppelgift ausgestoßen haben und ein neuer Morgen anbricht. Solange der Vertrag in Kraft ist, wird die gigantische Lüge, die ihm Gestalt gegeben hat, den Bestand Europas schlechthin in Frage stellen.

Deutschland verhüllt sein Haupt und schweigt. Es ist heute nicht Zeit, über das Schicksal Worte zu machen, das uns geschlagen hat. Wir haben es selbst gewählt und haben einzustehen für unser Tun und für unser Unterlassen. Das Urteil über Schuld und Schmach werden die sprechen, die nach uns kommen. An uns ist es nicht, zu klagen und anzuklagen, sondern bereit zu sein und zu bereiten. Uns selbst und die nach uns kommen: denn von außen kommt keine Hilfe und wird keine kommen, die uns die schwerste aller Pflichten erleichterte: in uns selbst das Heil und die Rettung und die Geburt der neuen Welt zu suchen. Vielleicht, daß man uns etwas mehr Kohlen läßt, etwas mehr Kredite gewährt, etwas mehr Rohstoffe zur Verarbeitung in Lohnwerk überläßt: so wichtig, so unerläßlich dies alles ist: der Wiederaufbau Deutschlands ist nicht eine Angelegenheit von Brennstoffen, Gütermengen und Zahlungsmitteln, sondern eine Sache des Geistes. Der aber kann aus irgend einem Ausland so wenig wie aus irgend einer Vergangenheit bezogen werden. Für den, der nicht Programme, sondern Kräfte, nicht Schlagworte, sondern Wirklichkeiten sucht, gibt es heute nur noch zwei Parteien: die Masse derer, die ihr Wunschbild in dem Zustand vor dem Kriege oder in den Utopien jener Zeit sehen, und die kleine Schar derer, die erkennen oder ahnen, daß der Augenblick einen Neubau von Grund auf fordert. Es braucht kaum gesagt zu werden, daß heute sowohl von dieser Mehr- wie von jener Minderheit Vertreter in allen Parteien des Reiches sitzen. Die Zukunft wird sie sammeln.

Die nächsten Aufgaben des Reichs und seiner Bürger sind hart und ohne Glanz. Unendliche Mühsal erwartet sie, kaum ein Irrweg wird ihnen erspart bleiben, denn die Erschöpfung der Kräfte ist so groß, daß keine kühne, großgedachte Tat hoffen darf, formbare Massen und füllbaren Raum zu finden. Die Gegenwart, die immer geglaubt hat, alles sei zu allen Zeiten möglich, wird wieder lernen müssen, daß Wille und Kraft zur Organisation, zum willkürlichen Machen, Ordnen, Erzwingen nicht immer und überall ausreichen; daß jedes organische Wachstum und jede Heilung eine unabkürzbare Dauer fordern; und daß alles menschliche Tun ins Leere stürzt, wo höhere Mächte es nicht zum Gefäß und Werkzeug weihen und ihm helfend nahe sind. Nur diese Weihe, nur diese Einung schaffen aus Einzelnen, Gruppen und Verbänden eine Gemeinschaft. Nur als Gemeinschaft wird Deutschland in Europa, wird Europa in der Welt den Richtspruch der Völkerdämmerung erwarten dürfen.

Kurt Singer

Der Ausgang des Krieges

Unter allen Stimmen, die sich im Lager unserer Kriegsgegner gegen den Frieden von Paris erhoben haben, scheint uns die des Cambridger Nationalökonomen John Maynard Keynes bei weitem die beachtenswerteste. Keynes hat als amtlicher Vertreter seines Landes an der Pariser Friedenskonferenz bis zum 7. 6. 19 teilgenommen und war Vertreter des Schatzkanzlers im Obersten Wirtschaftsrat. Er hat diese Ämter niedergelegt, als es ersichtlich wurde, daß auf eine wesentliche Änderung des Friedensvertrags-Entwurfs nicht mehr zu hoffen war. Seine Einwände gegen den Vertrag und gegen die ganze Wirtschaftspolitik der Konferenz hat er in einem durch Wirklichkeits- und Rechtssinn, Anschaulichkeit und Lebendigkeit gleich ausgezeichneten Buch über die „Wirtschaftlichen Folgen des Krieges" (London 1919) dargelegt, von dem in diesen Spalten noch oft und ausführlich zu sprechen sein wird. Wir veröffentlichen heute die Übersetzung einiger Absätze aus dem ersten und dem letzten Kapitel des Buches, um einen Begriff von seinem Geist zu geben.

„Für jemand, der die größte Zeit der sechs Monate, die dem Waffenstillstand folgten, in Paris verbrachte, war ein gelegentlicher Besuch in London eine seltsame Erfahrung. England steht noch immer außerhalb Europas. Europas wortloses Beben erreicht es nicht. Aber Europa ist eins mit sich. In Frankreich, Deutschland, Italien, Österreich und Holland, Rußland und Rumänien und Polen ist nur e i n Pochen hörbar; ihr Aufbau und ihre Zivilisation sind wesentlich eins. Sie blühten zusammen, sie sind zusammen dem Krieg entgegengeschwankt, während wir trotz unserer ungeheuren Leistungen und Opfer (ebenso wie Amerika, wenn auch im geringern Maß) draußen standen; vielleicht, daß sie gemeinsam stürzen. Darin liegt die zerstörerische Bedeutung des Friedens von Paris. Wenn der europäische Bürgerkrieg damit enden soll, daß Frankreich und Italien ihre augenblickliche Siegermacht benutzen, um die jetzt darniederliegenden Mittelmächte zu zerstören, so beschwören sie nur ihre eigene Zerstörung herauf, denn so tief und unentrinnbar sind sie mit ihren Opfern durch seelische und wirtschaftliche Bande verflochten. Ein Engländer jedenfalls, der an der Pariser Konferenz teilnahm und während dieser Monate ein Mitglied des Obersten Wirtschaftsrats der verbündeten Mächte war, mußte — für ihn eine neue Erfahrung — in seinen Sorgen und in seinen Ausblicken zum Europäer werden. Dort, im Nervenzentrum des europäischen Systems, mußten seine britischen Voreingenommenheiten von ihm in großer Breite abfallen, und er mußte von anderen und schrecklicheren Gespenstern heimgesucht werden. Paris war ein Nachtmahr, und jeder dort war krank. Ein Gefühl einer bevorstehenden Katostrophe hing über der wichtigen Szene; die Bedeutungslosigkeit und Kleinheit der Menschen vor den großen Ereignissen, denen er sich gegenüber sieht; die Mischung von Bedeutung und Unwirklichkeit in ihren Entscheidungen; Leichtsinn, Verblendung, Anmaßung, wirre Schreie von draußen — all die Elemente der antiken Tragödie waren da. Inmitten der theatralischen Putze der französischen Staatszimmer sitzend konnte man fragen, ob die ungewöhnlichen Gesichter Wilsons und Clemenceaus, unveränderlich in gleicher Farbe und Ausdruck, wirklich wunderliche Antlitze waren und nicht tragikomische Masken eines seltsamen Dramas oder Puppenspiels.

Die Verhandlungen von Paris hatten alle diesen Anschein außerordentlicher Wichtigkeit und Unwichtigkeit zu gleicher Zeit. Die Entscheidungen schienen beladen mit Folgen für die Zukunft der menschlichen Gesellschaft; aber die Luft flüsterte, daß das Wort nicht Fleisch war, daß es nichtig, bedeutungslos, ohne Wirkung, des Zusammenhangs mit den Ereignissen bar war; und man hatte ganz stark den Eindruck, den Tolstoi in „Krieg und Frieden", oder Hardy in den „Herrschern" beschrieben hat: Ereignisse, die zu ihrem schicksalhaften Ende schreiten, unbeeinflußt und unberührt von den Gehirnbewegungen der im Rat versammelten Staatsmänner . . .

In Paris, wo die mit dem Obersten Wirtschaftsrat Verknüpften fast stündlich die Berichte über Elend, Unordnung und Zerfall ganz Mittel- und Osteuropas, sowohl des feindlichen wie des verbündeten, erhielten und aus dem Munde der Finanzvertreter Deutschlands und Österreichs unwidersprechliche Beweise der furchtbaren Erschöpfung ihrer Länder empfingen, verstärkte ein gelegentlicher Besuch in dem heißen trockenen Raum des Präsidentenhauses, wo die Vier ihre Geschicke in leeren und unfruchtbaren Ränken und Schlichen erfüllten, nur das Gefühl des Nachtmahrs. Dennoch waren in Paris die Probleme Europas furchtbar und schreiend laut und eine gelegentliche Rückkehr zu der weiten Gleichgültigkeit Londons ein wenig entmutigend. Denn in London schienen diese Fragen sehr weit entfernt und nur unserm eigenen kleinen Probleme beunruhigend. London glaubte, daß Paris in seinen Angelegenheiten eine große Verwirrung stiftete, blieb aber unberührt und unbeteiligt. In diesem Geist empfing das britische Volk den Vertrag ohne ihn zu lesen. Unter dem Einfluß von Paris aber, nicht von London, ist das Buch von einem geschrieben, der obgleich Engländer, sich auch als Europäer fühlt und, infolge seiner allzu lebhaften neuerlichen Erfahrung, nicht unbeteiligt bleiben kann bei der weiteren Aufrollung des großen geschichtlichen Schauspiels dieser Tage, das große Einrichtungen zerstören wird, aber auch eine neue Welt schaffen kann.

Ich sehe wenig Zeichen einer plötzlichen oder dramatischen Entwicklung irgendwo. Aufstände und Revolutionen mögen kommen, aber keine gegenwärtig, die grundlegende Bedeutung haben kann. Gegen politische Tyrannei und Ungerechtigkeit ist die Revolution eine Waffe. Aber welche Hoffnungen kann eine Revolution denen bieten, die unter einer wirtschaftlichen Not leiden, die nicht aus den Ungerechtigkeiten der Verteilung entsteht, sondern allgemein ist? Die einzige Sicherung gegen die Revolution in Mitteleuropa ist in der Tat die Tatsache, daß auch den Gemütern zu allem entschlossener Männer die Revolution keine Aussicht auf irgendwelche Besserung bietet. Es mag uns daher ein langer, stiller Prozeß des Halbverhungerns und ein schrittweises, stetiges Sinken der Lebenshaltung bevorstehen. Der Bankerott und Zerfall Europas wird, wenn wir seinen Fortgang gestatten, schließlich einen jeden ergreifen, aber vielleicht nicht unter einer schlagenden oder unmittelbaren Form.

Dies hat eine glückliche Seite. Wir mögen dadurch Zeit erhalten, unsern Weg noch einmal zu prüfen und die Welt mit neuen Augen anzusehen. Für die nächste Zukunft werden die Ereignisse selbst sorgen: das bevorstehende Geschick Europas liegt nicht mehr in den Händen irgend eines Menschen. Die Geschehnisse des kommenden Jahres werden nicht aus den überlegten Handlungen der Staatsmänner folgen, sondern aus den verborgenen Strömungen, die unter der Oberfläche der politischen Geschichte wirken und deren Ausgang niemand voraussehen kann. Nur auf eine Weise können wir auf diese verborgenen Ströme einwirken — indem wir die Kräfte der Belehrung und Anschauung ins Spiel setzen, die die G e d a n k e n der Menschen verändern." *John Maynard Keynes*

Die Wirtschaftspolitik des Friedens von Versailles

II. Seeschiffahrtspolitik

In einer der formal und inhaltlich gleich ausgezeichneten Noten, in denen Deutsch-Österreich in St. Germain um Dasein und Gestaltung rang, heißt es, „der große Gedanke des Vertragsentwurfes" sei, „die öffentlichen Verkehrswege allen Völkern gleichermaßen dienstbar zu machen." Es läßt sich in der Tat nicht bestreiten, daß die Regelung, welche die Verkehrsfragen durch die in diesem Punkte fast identischen Verträge von Versailles und St. Germain erfahren haben, noch am ehesten der Forderung genügen, zugleich die Maxime einer allgemeinen Gesetzgebung sein zu können. Aber diese Feststellung kann nicht etwa mit Genugtuung, sondern nur mit soviel größerer Erbitterung erfüllen, da die Differenzierung, welche auch hier zuungunsten Deutschlands vorgenommen ist, noch viel einschneidender wirkt, weil der Rechtscharakter gerade dieser Bestimmungen sich ohne unterschiedslose Allgemeinheit der Anwendung völlig in sein Gegenteil verkehrt. Die Form, in welcher hier „Ideen" verwirklicht werden, die auch in Deutschland stets mit Lebhaftigkeit verfochten worden sind, wird es den Freunden eines möglichst ungehemmten Verkehrs zwischen den Völkern schwer machen, an ihren Gedanken auch ferner festzuhalten, nachdem sich ihnen die „Freiheit" in so karrikierter Weise darstellt. Auch in diesen Beziehungen kann, wie im Einzelnen noch dargetan werden soll, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund nicht ohne weiteres Abhilfe schaffen, weil der Eingriff in deutsche Hoheitsrechte keine entsprechenden Beschränkungen der „ursprünglichen Mitglieder" des Völkerbundes nach sich zieht.

Zunächst soll die Schiffahrtspolitik des Vertrages betrachtet werden. Auf Grund des Gedankenaustausches, den auch die verfeindeten Staatsmänner während des Krieges durch ihre Reden „An Alle" pflegten, hatte sich als Formel für eine der großen Friedenshoffnungen das Wort von der „Freiheit der Meere" festgesetzt, ohne daß damit freilich eine eindeutig inhaltsbestimmte Vorstellung verbunden worden wäre. Im August 1915 wurde durch den deutschen Reichskanzler „die Befreiung der Weltmeere" als eines der deutschen Kriegsziele aufgestellt, und in einer Note vom 23. 7. 15 hatten die Vereinigten Staaten an Deutschland sogar die folgenden Worte gerichtet: „Die Regierung der Vereinigten Staaten und die kaiserlich deutsche Regierung kämpfen für das gleiche große Ziel; sie sind lange zusammen eingetreten für die Anerkennung eben jener Grundsätze, auf denen die Regierung der Vereinigten Staaten jetzt so feierlich besteht: sie kämpfen beide für die Freiheit der Meere. Die Regierung der Vereinigten Staaten wird fortfahren, für diese Freiheit zu kämpfen, von welcher Seite auch sie immer verletzt werden möge, ohne Kompromiß, um jeden Preis." [1]) Die gleichzeitige Bekämpfung des deutschen U-Bootkrieges und die tatsächliche Duldung der den völkerrechtlich anerkannten Blockadebegriff völlig zersetzenden Welthandelssperre Englands gegen die Mittelmächte interpretierten zwar die amerikanische Auffassung schon ausreichend, gleichwohl gab Wilson in der Kongreßrede vom 8. 1. 18 noch einmal dem zweiten seiner 14 Punkte die folgende Fassung:

> „Absolute freedom of navigation upon the seas, outside territorial waters, alike in peace and in war, except as the seas may be closed in whole or in part by international action for the enforcement of international covenants."

Diese mit starken Einschränkungen versehene Formel war eigentlich nur noch eine Reception jener Auffassung von der Meeresfreiheit, wie sie sich in England nach Niederkämpfung seiner maritimen Rivalen seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts ausgebildet hatte: die Freiheit der Meere werde am besten gewährleistet dadurch, daß ein Staat mit mächtiger Flotte in der Lage sei, im Interesse der Menschheit die Seepolizei auf allen Meeren nach einheitlichem Recht auszuüben. Durch diese Auslegung bemächtigte sich England des zunächst — gegen Grotius — bitter bekämpften Schlagwortes von der Freiheit der Meere, gab ihm aber eine den Sinn völlig umbiegende Auslegung, welches Verfahren auch in den Friedensschlüssen von Versailles und St. Germain durch Mißbrauch allgemein anerkannter Rechtspostulate ein Analogon gefunden hat.

Trotz dieser prinzipiellen Übereinstimmung zwischen amerikanischer und englischer Auffassung wurde doch der Gegenstand durch die Lansingnote vom 5. 11. 18 ausdrücklich von den Friedensbesprechungen ausgeschlossen: „They [i. e. the Allies Governments] must point out, however, that what is usually described as the freedom of the seas admits various interpretations, some of which they could not accept. They must, therefore, reserve themselves complete freedom on this subject when they enter the peace conference." Der Grund für diesen, von England veranlaßten, Vorbehalt ist, daß mit seiner Vorstellung von der Seepolizei die der Ausübung durch eine einzige Flotte unlösbar verbunden ist; in dem Erstarken des amerikanischen Seeimperialismus sieht England nicht einen weiteren Garanten, sondern eine Bedrohung der Meeresfreiheit in seinem Sinne.

Obwohl das Problem, dessen Lösung zunächst fast alle Staaten als eines der Kriegsziele bezeichneten, nur die Freiheit der Meere im Kriege betraf, nicht aber in Friedenszeiten, die auch von England nicht mehr bestritten wird, so hielten wir doch die vorausgeschickten Erörterungen für notwendig, einmal wegen der besonders engen Beziehungen zwischen dem Recht des Krieges und des Friedens, sodann um darzutun, daß die schiffahrtspolitischen Fragen durch eine tiefgehende Spannung zwischen den beiden größten Seemächten ihr Gepräge empfangen, bei der einstweilen der mit alter Macht gesättigte Standpunkt Englands über die jungen Gelüste Amerikas, die Wilson mühsam durch unklare Doktrinen zu bändigen suchte, den Sieg errungen hat.

*

Um die der Seeschiffahrt gewidmeten besonderen Bestimmungen des Friedensvertrages zu verstehen, ist es notwendig, sich das Objekt klar vorzustellen, auf das sie sich beziehen. Der Deutschland verbleibende Seeschiffsraum besteht — nach Angaben des Jahrbuchs des Norddeutschen Lloyd 1918/19 — einschließlich aller Fischereifahrzeuge, kleiner Segler, Schlepper und Seeleichter aus insgesamt 2245 Schiffen mit 501 900 Br. R. T., gegen mehr als 5 Mill. Br. R. T. am 1. 1. 14. Die Gesamtbruttotonnage der in Bremen und Hamburg beheimateten Dampfer wird auf etwa 3¼% ihres Vorkriegsumfanges reduziert. Aber selbst diesem kümmerlichen Rest formell gleiche Wettbewerbsbedingungen zuzusichern, reichen wirtschaftliches Selbstvertrauen und politische Einsicht der Gegner nicht aus.

[1]) Aus der umfangreichen Literatur über den Gegenstand seien hier empfohlen: Christian Meurer, Das Programm der Meefreiheit. Tübingen 1918, die Vorträge von Wilh. van Calker, Triepel und Vogel in der Sammlung „Meereskunde", 12. Jahrg., Berlin 1918.

Art. 271 verfügt: „In bezug auf Fischerei, Küstenschiffahrt und Schleppschiffahrt zur See sollen die Schiffe der alliierten und assoziierten Mächte in den deutschen Hoheitsgewässern die Behandlung erfahren, die den Schiffen der meistbegünstigten Nation zugestanden wird." Da Deutschland bisher einerseits keiner fremden Macht Rechte in bezug auf Fischerei im Küstenmeer eingeräumt hat, andererseits die Küstenfrachtfahrt den meisten fremden Staaten (jedoch nicht Frankreich, Vereinigte Staaten von Amerika) tatsächlich freistand, so hat diese Vorschrift zunächst keine praktische Bedeutung. Wesentlich ist nur die negative Seite, daß Deutschland von der gleichen Vergünstigung ausgeschlossen bleibt.

Diese allgemeine Bestimmung erfährt jedoch eine nähere Ergänzung durch Art. 327 des „Freiheit der Schiffahrt" überschriebenen Kapitels in dem Hauptteil „Häfen, Wasserwege und Eisenbahnen". Hier wird gefordert: „Die Staatsangehörigen der alliierten und assoziierten Mächte genießen ebenso wie ihre Güter, Schiffe und Boote in allen deutschen Häfen und auf allen deutschen Binnenschiffahrtsstraßen in jeder Hinsicht die gleiche Behandlung wie die deutschen Reichsangehörigen, Güter, Schiffe und Boote. Insbesondere sind die Schiffe und Boote jeder alliierten und assoziierten Macht berechtigt, Waren jeder Art und Reisende von und nach allen Häfen oder Plätzen Deutschlands, zu denen die deutschen Schiffe und Boote Zugang haben, zu keinen ungünstigeren Bedingungen zu befördern, als sie bei Schiffen und Booten des Landes zur Anwendung gelangen." Es folgt eine Aufzählung der Rechtsverhältnisse und wirtschaftlichen Tatsachen, bezüglich deren Behandlung „auf dem Fuße der Gleichberechtigung" verlangt wird.

Der in dem Artikel enthaltene Rechtsgedanke entspricht an sich durchaus den Verkehrsinteressen eines wie Deutschland zentral gelegenen Durchfuhrlandes, die fehlende Gegenseitigkeit erniedrigt aber auch diese Vorschrift zu einem Gewaltakt, der autonomes Reichsrecht (vgl. Gesetz betr. die Küstenfrachtfahrt v. 22. 5. 1881) bricht. Art. 272 entzieht Deutschland das Recht, durch seine Überwachungsfahrzeuge in der Nordsee auch die Fischereifahrzeuge der alliierten Mächte zu kontrollieren. Es fehlt die Gewährung der Gegenseitigkeit für deutsche Schiffe. Der Artikel bedeutet eine Abänderung des „Internationalen Vertrages, betreffend die polizeiliche Regelung der Fischerei in der Nordsee außerhalb der Küstengewässer", vom 6. 5. 1882 (Reichsgesetzblatt 1884, S. 25 ff.), an dem als Kontrahenten außer Deutschland, Belgien, Frankreich und Groß-Britannien auch Dänemark und die Niederlande teilgenommen haben; über die Zustimmung der neutralen Mächte zu dieser Disqualifizierung Deutschlands enthält der Friedensvertrag nichts.

Art. 273, Abs. 1 und 2 verpflichten Deutschland, wie bisher, so auch in Zukunft die von den Hauptseemächten ausgestellten Schiffsurkunden als gleichwertig mit den deutschen anzuerkennen; ebenso sind die Urkunden neuer Staaten, auch wenn sie nicht über Meeresküsten verfügen, anzuerkennen, sofern bei ihrer Ausstellung die von den Hauptseestaaten geübten Gebräuche befolgt werden. Gegen beide Bestimmungen wäre, falls man die Gegenseitigkeit Deutschland zugebilligt hätte, kein Einwand zu erheben.

Die interessanteste Neuerung ist durch den dritten Absatz des Art. 273 gegeben: „Die Hohen vertragschließenden Teile sind sich darüber einig, die Flagge der Schiffe jeder nicht über Meeresküsten verfügenden alliierten und assoziierten Macht anzuerkennen, wenn die Schiffe an einem einzigen bestimmten auf ihrem Gebiete gelegenen Orte eingetragen sind. Dieser Ort gilt als Registerhafen der Schiffe." Während diese Fassung Deutsch-Österreich vom Rechte der Flaggenführung ausschließen würde, erstreckt Art. 225 des Friedens von St. Germain dies Recht auf jeden vertragschließenden Teil. In wirtschaftlicher Hinsicht wird die Bestimmung vermutlich zur Folge haben, daß nun auch das Schweizer Kapital, neben dem der mitteleuropäischen Binnenstaaten, sich unter der Landesflagge an der Seeschiffahrt beteiligen wird. Schon bei einem früheren Anlaß hatte der Schweizer Bundesrat sich im Prinzip dafür ausgesprochen, daß einem Staatsangehörigen die Ermächtigung zur Flaggenführung erteilt werden könne; es geschah jedoch zunächst nicht, weil ein die Bedingungen der Erteilung regelndes Seegesetz fehlte. (Vgl. F. Perels, „Seerecht", 2. Aufl., Berlin 1903, S. 41.) An sich war es nach deutschem Recht ausländischem Kapital schon immer möglich, sich an der Seefahrt zu beteiligen, da eine Aktiengesellschaft, auch wenn ihre Aktien in fremden Händen waren, einem „Reichsangehörigen" gleichgeachtet wurde, sofern sie ihr Domizil innerhalb Deutschlands hatte. Immerhin aber würden solche Schiffe stets der Herrschaft des Flaggenstaates unterstehen. „Diese umfaßt namentlich Polizei-, Gerichts- und Finanzgewalt und ergreift einerseits unter dem Gesichtspunkt der Personalhoheit alle Staaatsangehörigen und Schutzgenossen des Staates, dessen Flagge das betreffende Schiff zu führen hat, andererseits unter dem Gesichtspunkte der Gebietshoheit das Schiff samt allem, was sich darauf befindet."[1]) Es bedeutet somit jede ausländische Kapitalbeteiligung eine Stärkung der Flagge des Registerhafens, und da die Seefahrtsinteressen Polens, der Tschecho-Slowakei, Deutsch-Österreichs und in erheblichem Grade auch die der Schweiz, auf welche der Rechtssatz analoge Ausdehnung finden muß, nach deutschen Häfen gravitieren, so wird das Interesse der Entente an der Konstruktion eines trockenen Registerhafens begreiflich. Auf gewisse Erfordernisse, an welche das Recht zur Flaggenführung vielfach geknüpft wird, wird das Landesrecht der neuen Seestaaten verzichten müssen; so vor allem auf die häufig vorkommende Bedingung, daß das Schiff im Heimatstaat erbaut ist. Immerhin wäre denkbar, daß man solche Forderung auf wichtige Teile der maschinellen und sonstigen Ausrüstung des Schiffes erstreckt; ebenso wäre möglich, daß die jungen Staaten einen Bruchteil an staatsangehöriger Besatzung zur Bedingung machen, um für den etwaigen Fall eines Schutzes der Flagge über die zur Bemannung von Kriegsschiffen notwendige „seemännische Bevölkerung" verfügen zu können.

Besondere Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Reederei und ihre Wiedererstarkung müssen in den Bestimmungen erblickt werden, die sich offen oder mittelbar mit dem Auswandererverkehr über deutsche Häfen befassen. Der schon weiter oben herangezogene Art. 327 würde es bereits verbieten, etwa die Beförderung deutscher Auswanderer der nationalen Flagge vorzubehalten, oder diese gesetzlich oder regiminal günstiger zu stellen als ausländische Unternehmungen (vgl. Auswanderungsgesetz v. 9 6 1897, §§ 3, 4.) Außerdem bestimmt Art. 322 bezüglich des Durchgangsverkehrs: „Deutschland verpflichtet sich, über Auswanderungsunternehmungen, welche Auswanderer- oder Rückwandererverkehr durch sein Gebiet leiten, keine staatliche Aufsicht einzurichten oder beizubehalten, es sei denn zum Zweck der Feststellung, daß die Reisenden tatsächlich sich im Durchgangsverkehr befinden; wird zu letzterem Zweck ein Verwaltungsdienst eingerichtet, so darf Deutschland keine am Verkehr interessierte Schiffahrtsgesellschaft oder andere Körperschaft, Gesellschaft oder Privatperson irgendwie daran teilnehmen lassen oder ihr einen unmittelbaren oder mittelbaren Einfluß in dieser Hinsicht einräumen." Diese Bestimmung will insbesondere verbieten, daß der Staat, wie

[1]) W. van Calker: „Das Problem der Meeresfreiheit und die deutsche Völkerrechtspolitik", Jena 1917, S. 14.

das bisher in gewissem Umfange üblich war, den großen einheimischen Schiffahrtsgesellschaften die Ausübung eines Teiles der Verwaltungsmaßnahmen delegiert. Es könnte außerdem diesem Artikel ein Verzicht darauf entnommen werden, überhaupt eine gesundheitspolizeiliche Kontrolle der Durchwanderer zur Verhütung der Weiterschleppung allgemeingefährlicher Krankheiten vorzunehmen.

Da jedoch internationale Verträge von der Art eines Friedensschlusses in bezug auf unklare oder miteinander kollidierende Bestimmungen einer sinngemäßen Auslegung bedürfen, insbesondere auch textlich spätere Vorschriften die voraufgegangenen einschränken, und vor allem das Gesamtinteresse der Weltverkehrsgemeinschaft gebieterisch fordert, daß die Verbreitung ansteckender Krankheiten aus osteuropäischen Ländern mit zurückgebliebener Zivilisation verhindert wird, so wird man Deutschland das Recht und sogar eine gewisse internationale Verpflichtung zur Vornahme der allernotwendigsten Kontrollen nicht absprechen können. Es sei in diesem Zusammenhange nochmals auf Art. 327 verwiesen, dessen vierter Absatz ausdrücklich besagt, daß der Verkehr von Personen, Schiffen und Booten Einschränkungen auf Grund von Vorschriften der Polizei und des Gesundheitswesens unterliegen darf: „Solche Bestimmungen müssen angemessen und gleichmäßig sein und dürfen den Handel nicht unnötig behindern." Auch Art. 368 kann nicht so gedeutet werden, als ob er überhaupt gesundheitspolizeiliche Maßnahmen verböte, sondern er verbietet lediglich solche, „die eine Erschwerung oder Verzögerung" des Auswandererverkehrs zur Folge haben. Hier muß naturgemäß als Maßstab diejenige Beförderungs- und Abfertigungsgeschwindigkeit zugrunde gelegt werden, welche sich normalerweise in Verbindung mit den staatlichen Wohlfahrtsaufgaben für die Durchreise größerer Personengruppen aus krankheitsverdächtigen Gebieten erreichen läßt; somit ist nur schikanöse Erschwerung oder Verzögerung verboten. Um im übrigen in tarifarischer Hinsicht den Auswandererverkehr nach Häfen der Entente (z. B. Antwerpen, Le Havre) vor Disqualifizierung, welche schon nach allgemeineren Vorschriften des Vertrages untersagt wäre, zu schützen, bestimmt Art. 367, Abs. 2: „Bei gleicher Geschwindigkeit und Bequemlichkeit dürfen die Tarife für die Beförderung von Auswanderern auf den deutschen Eisenbahnen nach oder von Häfen der alliierten und assoziierten Mächte keinen höheren Kilometersatz zugrunde legen als den der günstigsten Tarife (unter Berücksichtigung aller Vergütungen und Rückvergütungen), die auf den genannten Bahnen Auswanderern nach oder von irgendwelchen andern Häfen zustatten kommen." Diese Vorschrift, welche bei Einräumung der Gegenseitigkeit durchaus in der Linie eines von deutscher Seite schon früher angestrebten nordwesteuropäischen Verkehrskartells liegen würde, leitet bereits zu den Fragen der Hafenpolitik über, mit denen sich ein folgender Aufsatz befassen soll.

Eduard Rosenbaum

Rußland

Der Bolschewismus in Zentralasien

Während die Sowjetrepublik in Kopenhagen durch Litwinow offiziell mit England verhandeln läßt und der Stand dieser Friedensverhandlungen als aussichtsreich bezeichnet wird, rücken bolschewistische Armeen konzentrisch in Asien ein, Persien, Afghanistan und selbst Indien aufs schwerste bedrohend. Am 10. 1. erhielt die „Times" die drahtlose Meldung von der Einnahme von Nowo-Tscherkask, einem der wichtigsten, von Denikin bisher gehaltenen Knotenpunkte der einzigen Bahn die das jetzt englische Baku mit Rußland verbindet. In Zentralasien selbst ist Turkestan völlig in den Händen der Sowjettruppen, Buchara schon zum Teil besetzt und Merw an der Transkaspischen Bahn in der Richtung auf Persien das nächste Ziel des Feldzuges. Englische Blätter müssen zugeben daß die einheimische Bevölkerung auf seiten der Bolschewisten ist und ihnen freudigen Empfang bereitet. Diesem Vordringen der Bolschewisten in Zentralasien geht eine großzügige Propaganda, die von Moskau aus geleitet wird, voraus. Die mohamedanische Abteilung des Sowjet-Komissariats für auswärtige Angelegenheiten hat eine „Liga zur Befreiung des Islam" gebildet. Die „Times" (vom 22. 12.) hat sich eingehend mit dieser bolschewistischen Propaganda befaßt und ausführliche Nachrichten über die Organisation und die Tätigkeit derselben gebracht. Türkische, turanische, persische, afghanische und indische Nationalisten haben sich hier vereinigt und sind dabei, eine gemeinsame panislamitische Bewegung zu schaffen, die verbunden und getrieben durch bolschewistische Ideen Asien revolutionieren und gegen die englische Herrschaft mobil machen soll. Gleichzeitig häufen sich die Nachrichten von Aufständen in Nordwest-Indien, an der Grenze von Afghanistan, wo am 1. 12. der Stamm der Waziris die englische Besatzung der Stadt Thal überfallen und ihr große Verluste beigebracht hat, von den Kämpfen der Mahsuds und den Unruhen in Amritsar, wo bekanntlich der General Dyger ein Gemetzel unter den Indiern veranstaltet hat, dem Hunderte zum Opfer fielen. Wichtiger vielleicht noch wie diese Unruhen und Kämpfe, ist die immer drohender werdende Stimmung der Mohammedaner Indiens.

Bereits am 2. 12. meldete Reuter aus Delhi von der Tagung der „All India Khalifate-Conference" und ihrer antienglischen Tendenz. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der es heißt: „Wegen der Folgen, die der Friedensschluß für die Türkei, das Khalifat, die heiligen Orte und Persien hat, legt die Versammlung den indischen Muselmanen die Pflicht auf, sich jeder Teilnahme an den bevorstehenden Siegesfesten zu enthalten. Kommt keine Einigung mit der Türkei zustande, dann wird als Zeichen der Unzufriedenheit ein progressiver Boykott auf die englischen Waren gelegt werden." (Daily Telegraph.)

Über ein Fünftel der Gesamtbevölkerung Indiens — etwa 70 Mill. — sind Mohammedaner; dieser Boykottbeschluß kann also recht ernste Folgen haben. Diese Stimmung der Mohammedaner macht sich nun die bolschewistische Propaganda zu Nutze, die bei der bekanntermaßen drückenden sozialen Lage des indischen Proletariats die größten Aussichten auf Erfolg hat. So verzeichnete die „Times" kürzlich eine bolschewistenfreundliche Rede eines führenden indischen Nationalisten. Auf eine Anfrage im englischen Unterhaus über die bolschewistische Propaganda mußte Mr. Montagu mitteilen, daß dieselbe, geleitet von der Sowjetmission in Kabul, gefährliche Fortschritte mache. („Times" v. 18 12.)

Der Boden ist gelockert, die Aussaat beginnt. Asien gerät in Gärung — eine Tatsache von ungeheuerer Bedeutung, die nicht mehr abzuleugnen ist. Die Sowjet-Regierung stellt sich entschlossen an die Spitze der Bewegung und treibt großzügigste, und wie man selbst in England zugeben muß, erfolg-

reichste Politik. Das bolschewistische Rußland kommt als Freund und Befreier, dessen Uneigennützigkeit wirkungsvoll hervortritt. Schon im Dezember 1917 erließ Lenin jenes bekannte Manifest an die Mohammedaner des Ostens, in dem er alle Verträge über die Teilung Persiens für nichtig, ebenso Rußlands Eintreten für eine ungeteilte Türkei mit Konstantinopel als Hauptstadt erklärte, auf Armenien verzichtete und alle Mohammedaner des Ostens, Perser und Türken, Araber und Inder zum Kampf gegen die imperialistischen Eroberer aufrief. („Iswestija" vom 7. 12. 17). Was damals, unterstützt durch die Räumung Persiens durch die russischen Truppen bereits seine Wirkung nicht verfehlte, soll jetzt zielbewußt durchgeführt werden. Die Sowjet-Regierung bereitet einen Feldzug gegen Indien vor. Wir finden im offiziellen Organ der Sowjet-Regierung „Moskowskija Iswestija" einen Leitartikel mit der Überschrift „Der rote Osten", in dem offen davon die Rede ist, daß alles daran gesetzt werden müsse, Indien zu revolutionieren und zu befreien. Es sei notwendig, Sowjet-Turkestan zur revolutionären Schule des gesamten Ostens zu machen. Von hier aus sei der Weg nach Afghanistan offen, in dem die bolschewistische Propaganda bereits große Erfolge gezeitigt hat und sei es erst einmal gelungen, Afghanistan zu einem neuen Kriege mit England zu bewegen, so stünde der Befreiungskrieg an den Toren Indiens. Der heilige Krieg gegen den englischen Imperialismus, der jetzt entbrennen wird, wird für Asien, heißt es weiter, mehr bedeuten, wie ein großer Feldzug oder ein Aufstand. Die bolschewistischen Ideen werden es erreichen, daß das religiöse Empfinden der Mohammedaner ein neues Erwachen erlebt, denn die soziale Revolution würde die Völker aufrütteln und ihrer Lage bewußt werden lassen. Die 23 Mill. russischer Mohammedaner würden alles daran setzen, ihre Brüder Zentralasiens zum Kampfe zu treiben und zu befreien.

Die Bedeutung der bolschewistischen Absichten liegt nicht nur darin, daß Lenin zielbewußt den Lebensnerv Englands in Asien zu treffen versucht, liegt nicht nur in dem Anmarsch bolschewistischer Banden und Armeen, der Zufuhr von Kriegsmaterial, sondern liegt in der systematischen Propaganda der bolschewistischen Ideen. Die bolschewistische Taktik besteht darin, die Bewegung von Moskau aus zu lenken, durch immer neue Agenten zu steigern und zu beleben, und die bolschewistischen Methoden und Lehren an das Verständnis der Mohammedaner und Buddhisten anzupassen und eine asiatisch-bolschewistische Lehre zu schaffen, die die europäische Rolle des Sozialismus in Asien spielen soll. Es ist dies ein weltgeschichtliches Novum von umwälzender, nicht abmeßbarer Bedeutung: eine Spielart des europäischen Geistes sucht Verbindung mit dem Ideengehalt und dem Ethos asiatischer Nationen, — Marx, Bakunius und Tolstoi's Lehre soll in Synthese mit Mohammeds und Buddhas Lehren Asien von seiner Erstarrung lösen und die Nationalitätenbewegung und die soziale Revolution Europas in den Osten bringen! Berührungspunkte sind genug vorhanden, ja der Bolschewismus als soziale Heilslehre weist Züge auf, die der Denkweise und dem Empfinden asiatischer Völker recht nahe rückt. Es ist eben nicht bloß eine Spielerei gewisser radikaler Intellektueller, wenn sie den Bolschewismus mit indischen Anschauungen, die den Lehren Buddhas oder gar Laotses entspringen, in Beziehung bringt: es gibt da eine innere Verwandtschaft, die nicht fortzuleugnen ist. Man sollte hier nicht zu oberflächlich denken und derartige Propaganda nicht zu gering werten; besonders wir sollten es nicht, die wir die Wirkung der ententistischen Weltpropaganda am eigenen Leibe erfahren haben. So realpolitisch Lenins Programm auch ist, so greifbar die Ziele seiner auswärtigen Politik auch sind: das Pathos und die Anpassung des Bolschewismus an das Volksempfinden ist von ungewöhnlicher Wirkung und ein Faktor, den die Bolschewisten — wie auch der angeführte Artikel der Swestija zeigt — kraftvoll einzusetzen verstehen.

Dies politische Programm sozialistischer und religiöser Propaganda ist großartig genug — aber doch auch nicht so phantastisch, wie es den Anschein hat. Jede Bewegung des Orients mußte immer zu einer religiösen werden, wenn sie Erfolg haben wollte — es sei nur an die Teilnahme der Türkei am Weltkriege erinnert, die durch die im Grunde mißglückte Erklärung des heiligen Krieges begann. Die Bolschewisten wissen daher sehr gut, was sie wollen, wenn sie die Propaganda religiös und ethisch vertiefen und ihr politisches Ziel: der Kampf gegen den englischen Imperialismus und Kapitalismus in ein fast Religiöses der Völkerbefreiung und -erweckung umdeuten. Die Namen, die die Times unter den Gründern der „Liga zur Befreiung des Islams" nennt, sind bekannteste Mohammedaner; die Einmütigkeit mit der in Turkestan eine Sowjetrepublik geschaffen wurde, die Erfolge, die die bolschewistischen Armeen auf ihrem Vormarsch erringen und die nur erklärbar sind, wenn man die Bevölkerung auf seiten der Russen weiß, beweisen, was die bolschewistische Propaganda in Asien bedeutet und wie tief sie bereits Wurzeln gefaßt hat. Der Bolschewismus ist zu einer neuen asiatischen Bewegung geworden und bewegt nicht nur die Länder des Islam, sondern greift über Zentralasien bis nach Indien hinüber, — ja, die Times weiß selbst von Beziehungen mit China und Korea zu melden, von einem Kontakt von Agenten Tschitscherins mit Sun-Jat-Sen und ähnliche. Das Hundertmillionen Proletariat Indiens, die Millionen Proletarier Asiens sollen geweckt werden — wahrlich eine Folge des Weltkrieges die ungeheuerlich ist!

Im Wirtschaftsdienst ist bereits mehrfach vom Kolonial-Bolschewismus Afrikas die Rede gewesen: der Bolschewismus in Asien ist vielleicht noch gefährlicher, denn er wird getragen von den kriegserprobten Armeen der Sowjetrepublik und entspricht dem politischen System des Islams, fällt mit den Interessen der Nationen aufs engste zusammen. Die Rückwirkung des Weltkrieges, der Untergang der türkischen Selbstständigkeit und die Aufteilung des Khalifenreiches durch die Entente, ebenso wie die völlige Besitzergreifung Persiens durch England zeitigen hier Folgen, die Englands größten wirtschaftlichen und politischen Machtzuwachs des Krieges: unumstrittene Herrschaft in Zentralasien aufs äußerste gefährden. Die sichtbare Besorgnis, die die englische Öffentlichkeit erfüllt ist nur zu verständlich. Schon allein der dauernde Besitz Turkestans, Chivas und Bucharas mit den reichen Naturschätzen dieser Länder würde die Sowjet-Regierung außerordentlich stärken, ihr fast alle notwendigen Rohstoffe liefern und sie vom Auslande unabhängig machen und eine dauernde Bedrohung Zentralasiens darstellen. Selbst wenn es den Engländern gelingen sollte, den Vormarsch der Bolschewisten aufzuhalten, so wird die bolschewistische Propaganda aus dem Gedächtnis der mohammedanischen Völker nicht fortzuwischen sein, sobald einmal die neuen kommunistischen Lehren diesen Völkern infiziert sind. Keine der bisherigen Pläne anderer Staaten zur Bedrohung Indiens haben bisher das indische Volk selbst auch nur berühren können. Jetzt dürfte dies anders werden, ja ist bereits anders geworden. Englands wirtschaftliche wie politische Machtstellung steht vor den größten Erschütterungen, die sie je erfahren hat....

Dr. Hans von Eckardt

Frankreich

Der Tribut Deutschlands im Budget — Die Hilfe der Verbündeten — Devisenbündnis und Frankenkurs — Deutsch-französischer Handel — Kohlennot und Verkehrskrise — Der Brotpreis

In den letzten Tagen des „Friedensjahres" hat Finanzminister Klotz das Fazit des siegreichen Revanchekrieges gezogen: Danach belaufen sich die Gesamtausgaben der Kriegsjahre auf 209 Milliarden, denen 195 Milliarden Einnahmen gegenüberstehen. Von diesen Einnahmen sind aber nur 31 Milliarden steuerlich fundiert, der Rest setzt sich aus Vorschüssen der Alliierten (33½ Milliarden), der Bank von Frankreich (25 Milliarden), des französischen Volkes (53 Milliarden) und 49 Milliarden schwebender Schuld zusammen. Die Schuld Deutschlands an Frankreich nach dem Friedensvertrag stellt der Minister als Aktivposten von etwa 200 Milliarden fr ein. Allerdings in das Dubiosenkonto. Denn auch er ist sich natürlich darüber klar, daß dieses Guthaben erst nach und nach mit der steigenden Wirtschaftskraft Deutschlands realisiert werden kann, und daß bis dahin Frankreich selbst die Lasten der Militärrenten usw. zu tragen haben wird; bereits jetzt etwa 25 Milliarden, darunter 10 für die Kriegsschäden und 1 Milliarde für Pensionen. Schon früher hatte Klotz bei einem Frühstück des Vereins der volkswirtschaftlichen Presse sich über die finanzielle Lage Frankreichs geäußert. Die äußere Schuld beliefe sich auf einige 30 Milliarden, wovon 27 an die angelsächsischen Schatzämter geschuldet würden; seinerseits hätte Frankreich über 12 Milliarden an die kleinen Verbündeten gegeben, besäße noch immer ein Portefeuille von über 40 Milliarden Auslandswerten und dürfe auf die erste deutsche Annuität rechnen. Immerhin scheint man nachgerade über den ominösen Artikel 235 des Friedensvertrages etwas skeptischer zu denken und fordert allenthalben seine verschärfte Interpretation. Man braucht für die verwüsteten Gebiete 20 Milliarden und sieht sich gezwungen, von den 20 Milliarden der ersten deutschen Goldforderung folgendes in Abzug zu bringen: 5 Milliarden für die Okkupationsarmee, 5 Milliarden für die Hilfeleistungen der Verträge von Spa, Brüssel und Trier, 2,5 Milliarden für Belgien und vom Rest 40 % für die übrigen Alliierten.

So ruft man denn immer wieder nach der Hilfe der Verbündeten. Vorerst wird ja nun infolge des Clemenceau'schen Besuches England eine Anleihe von rund 300 Mill. £ gewähren, die aber vornehmlich der Abdeckung früherer Kredite dienen dürfte. Als Geber neuen Geldes bleibt für Frankreich wie die ganze Welt Amerika die einzigste Hoffnung; wie bei uns erhofft man schon vieles von der Edgebill und von der Morgan'schen Foreign Financial Corporation und propagiert, wie schon im Kriege, lebhaft den Gedanken einer finanziellen Entente; einen „Finanzvölkerbund" nennt das Herr Klotz und denkt dabei an eine Art finanziellen Kommunismus der siegreichen Staaten, aus dessen gemeinschaftlicher Kasse Frankreich u. a. dann auch Zinsendienst und Amortisation seiner amerikanischen Schulden bestreiten möchte, deren Stundung man nun ja glücklich erreicht hat.

Auch den Frank wünscht man mit den Devisen der reicheren Genossen zu verkoppeln — ein Gewicht, das den Sterling und Dollar ebenso rettungslos in den Abgrund ziehen würde, wie seinerzeit die Krone unsere Mark. Denn ein derartiges Devisenbündnis bedeutete ja nur eine fortlaufende Valutaanleihe, wie denn die Stützungsaktion des Pfund Sterling durch Morgan während des Weltkrieges Milliarden verschlungen und zeitweise den Dollar in Skandinavien und Spanien empfindlich gedrückt hat. Allerdings erheischt der Sturz des Franken, dessen Kursbewegung ja jetzt durch die Mainz Frankfurter Arbitrage so überaus eng mit der Markkurve liiert ist, irgendwie eine Verminderung des Habensaldos der Forderungsbilanz durch einen größeren amerikanischen Kredit bzw. eine Verbesserung der Handelsbilanz, deren Passivität von 20 % vor dem Kriege nun für das abgelaufene Jahr auf 77 % gestiegen ist. Wenn in den letzten Monaten auch eine leichte Besserung einsetzte, bleibt die Lage ernst genug, namentlich, da die riesige Einfuhr von über 25 Milliarden Franken, wie bei uns, zu einem großen Teil aus Luxus- und Fertigwaren besteht, und nicht die volkswirtschaftlich allein gemäße Beschränkung auf zu veredelnde Stoffe aufweist; andererseits hat sich der Fertigwarenexport gegen 1918 um 0,3 Milliarde gehoben.

Diese Schwierigkeiten der äußeren Wirtschaftsbilanz, die sich in der Wechselkurskatastrophe ausdrücken, korrespondieren, — „encore tout comme chez nous", — mit der Verwirrung der inneren Wirtschaftsbilanz, die sich in Teuerung und Steuerdruck auswirkt. Der Steuereingang 1919 von zehn Milliarden fr, der schon dem Doppelten des Friedenssolls gleichkommt, wird noch um 70 % erhöht werden müssen, um das Gleichgewicht herzustellen; dabei sind die Istüberschüsse im ständigen Steigen begriffen. Allerdings behauptet M. Raoul Peret, der frühere Präsident der Budgetkommission, diese Steuerfreudigkeit werde bei der künftigen Steuererhöhung abnehmen, da für die Franzosen schon jetzt das Maximum an tragbaren Staatslasten erreicht sei.

Peret und Klotz sind es denn auch, die für die Notwendigkeit einer Wiederbelebung des deutsch-französischen Handels eintreten, wie auch schon in einer der letzten Sitzungen der früheren Kammer ein Abgeordneter freimütig riet, „sich in Amerika Geld zu leihen, um in Deutschland zu kaufen". Tatsächlich besteht ja schon längst der deutsch-französische Handel mit Mainz und Frankfurt als Zentren und französischen Offizieren als gutbezahlten und umsichtigen Funktionären, — ein Handel, der aber weder unserer noch der französischen Volkswirtschaft infolge des Valutadumpings zum Segen gereichte, so lange die Alliierten nicht Grenzkontrolle und Goldzoll gestatteten. All das lehrt immer wieder aufs Eindringlichste die Solidarität der Völker und die Undurchführbarkeit von Raubkrieg, Raubfrieden oder Volksversklavung in der modernen, auf internationaler Arbeitsteilung aufgebauten Weltwirtschaft, und das Klotz'sche Wort von Frankreich als Deutschlands Bankier ist nur eine bemerkenswerte Formulierung dieser Tatsache.

Schon im Kriege, als alle weltwirtschaftlichen Zusammenhänge aufgehört zu haben schienen, tauchten für das kriegführende Europa allenthalben dieselben Probleme auf und wurden allenthalben dieselben Gegenmittel angewandt. So auch jetzt: Sieger und Besiegter suchen ihr Heil in Staatslotterien — nur daß die französische Prämienanleihe ein größeres Publikum gefunden zu haben scheint: was aber zum Teil wohl auf den Anreiz der vorhergehenden ersten Ziehung der Pariser Prämienanleihe zurückzuführen ist, deren Millionengewinn den Örner Mühlenwerken zufiel, wobei die Frage seiner Besteuerung vom Tresor glücklich in der Schwebe gelassen wurde.

Aber nicht nur spielen Sieger und Besiegter in Lotterie und an der Börse mit Hausse in Auslandswerten und flauen

Eigenrenten, beide frieren auch gleichermaßen: denn inzwischen hat sich nämlich auch die französische Kohlenkrisis weiter verschärft, namentlich für Paris, und die Reise Loucheur's nach London scheint völlig ergebnislos verlaufen zu sein. Zwar haben sich allmählich in Rouen mehr als 500 000 Tonnen angesammelt, aber davon lagern höchstens 40–50 000 Tonnen auf den Kais, während die übrigen noch an Bord und zum Teil auf Weitertransport im Wasserwege angewiesen sind; die Lagerung der Rouener Vorräte kostet täglich über 1/2 Mill. fr! 10 % dieser Rouen-Kohle sind für Paris, der Rest für die Normandie bestimmt. Dabei haben die Kohlentransporte auf der Strecke Rouen-Paris bereits ihre Höchstgrenze erreicht, und mußte dieserhalb bereits der Personenverkehr erheblich eingeschränkt werden. Sollte sich die Lage weiter zuspitzen, so rechnet man mit einer Verlegung des Personenverkehrs in die Nachtstunden, damit sich die Kohlenzufuhren ungestört am Tage abspielen können. Die Flußschiffahrt scheint in Frankreich ihrer Aufgabe wenig gewachsen, wofür man vor allem den 8 Stundentag der Schiffer verantwortlich machen wird: während man sonst für den Wasserweg Paris-Rouen 24 Stunden rechnete, werden jetzt 8–14 Tage und mehr dafür gebraucht. Deshalb denkt man auch jetzt an eine zeitweise Verstaatlichung der Flußschiffahrt. Neben der Kohlenfrage spielt vor allem noch das Problem der Tariferhöhung der Eisenbahnen, die Fehlbeträge von annähernd drei Milliarden aufweisen und die Frage der künftigen Brotpreispolitik eine große Rolle. Die Regierung will nämlich vom Februar an den Getreidehandel zuerst des einheimischen, später auch des exotischen Getreides freigeben, wodurch sich der Brotpreis von 60 cts je Kilo auf 95 cts erhöhen wird. Die Regierung gab ja bis jetzt das Getreide zu einem um die Hälfte billigeren Preise ab als sie es erwarb und hat daran seit 1915 ca. drei Milliarden fr zugesetzt.

Dr. Hans-Otto Schultz

Geld und Kapital

Intervalutarische Kurse

12. 1.	Hamburg	Berlin	Amsterdam	Zürich
Amsterdam	19,22½	19,27½	—	211,25
Barcelona	—	—	—	—
Berlin	—	—	5,20	11,05
Brüssel	4,65	—	—	51,25
Budapest	—	27,—	—	—
Buenos Aires	—	—	—	244,—
Finnische Noten	1,75	—	—	—
Helsingfors	1,77	1,78	—	—
Kopenhagen	9,23¼	9,27	49,—	102,—
Kristiania	10,08¾	10,10	53,50	110,—
London	1,92	—	10,01	21,19
Madrid	9,70	9,75	—	107,50
Marknoten	—	—	—	—
New York	51,50	—	—	565,—
Paris	4,57½	—	23,90	51,50
Prag	77,—	77,50	—	8,70
Rom	—	—	—	42,—
Rumänische Noten	—	—	—	—
Stockholm	10,78¾	10,85	56,75	118,50
Wien	alt 30, neu 24½	28, -	1,30	2,70
Zürich	9,06	9,07½	47,35	—

12. 1.	Wien	Prag	Paris	London	New York
Amsterdam	71,75	—	419,75	—	—
Berlin	407,—	126,—	—	—	2,—
Kopenhagen	36,—	—	—	20,90	—
London	—	—	42,10	—	3,69¾
Marknoten	406,—	123,75	—	—	—
New York	—	—	—	380,—	—
Paris	—	—	—	—	11,60
Wien	—	33,—	—	—	—
Zürich	34,25	—	199,—	—	—

Valparaiso Wechselkurs auf London 90 T. S. 12 25/32 d.
Kabelauszahlung Deutschland 9,35 ℳ für 1 Peso.

Abweichungen von der Münzparität in:

Kurs der bzw. des am 12. 1. 1920	Amsterd.	Zürich	Kopenh.	Stockh.	Wien
Reichsmark	−91,31	−91,05	− 87,65	−89,31	+256,41
Dt. österr. Krone	−97,52	−97 38	—	—	—
Französ. Frank	−50,31	− 48,50	− 31,25	−41,—	—
Pfund Sterling	−17,26	− 15,98	+13,—	− 1,98	—
Dollar	+ 7,32	+ 8,87	+46,38	+27,89	—

Londoner Notierungen überseeischer Kurse

	31. 12.	8. 1.
Alexandrien	97 3/8 pari	97 7/16 pari
Bombay/Kalkutta	2 s 4 3/8 d – 2 s 4 1/2 d	2 s 4 1/4 d – 2 s 4 3/8 d
Hongkong	4 s 10 1/2 d	5 s
Shanghai	7 s 9 d – 8 s 3 d	7 s 9 d – 8 s 1 d
Singapore	2 s 4 5/32 d – 2 s 4 3/8 d	2 s 4 5/32 d – 2 s 4 3/8 d
Yokohama	2 s 8 d – 2 s 8 1/2 d	2 s 7 1/2 d – 2 s 8 d
Montevideo T.T.	65 1/2 d – 66 d	66 d – 66 1/2 d
Rio de Janeiro	17 25/32 d	17 29/32 d
Buenos Aires T.T.	61 3/4 d – 62 1/4 d	62 1/8 d – 62 5/8 d
Valparaiso 90 T.	12 9/16 d	12 23/32 d

Die Notenbanken im Dezember

Deutsche Reichsbank

(in 1000 ℳ)

	Metallbestand	davon Gold	Reichs- u. Darlehns-Kassenscheine	Noten anderer Banken	Wechsel u. Schatzanweisungen
7. 12. 19	1 112 598	1 090 296	9 926 549	2416	32 772 612
15. 12. 19	1 110 664	1 089 613	10 094 977	3256	34 371 362
23. 12. 19	1 110 279	1 089 497	10 511 033	3494	34 848 713
31. 12. 19	1 110 219	1 089 499	11 025 257	1974	41 744 534

	Lombard-Darlehen	Effekten Bestand	Sonstige Aktiva
7. 12. 19	6 729	162 551	1 857 996
15. 12. 19	8 346	160 358	1 807 004
23. 12. 19	17 815	171 868	2 356 472
31. 12. 19	9 940	163 989	2 459 592

	Notenumlauf	Giro-Verbindlichkeiten	Sonstige Passiva	Umlauf der Darlehens-Kassenscheine
7. 12. 19	32 460 351	9 688 711	3 412 893	13 254,3 Mill.
15. 12. 19	32 875 631	10 953 684	3 446 880	13 451,1 „
23. 12. 19	34 126 605	11 146 956	3 466 617	13 598,2 „
31. 12. 19	35 698 369	17 071 857	3 465 583	13 781,2 „

Bank von England

(in 1000 £)

	Barvorrat	Portefeuille	Regierungs-Sicherheiten	Notenumlauf	Guthaben d. Privaten
3. 12. 19	87 902	78 809	84 301	88 134	146 538
10. 12. 19	91 640	77 074	77 205	88 586	137 694
17. 12. 19	91 499	76 860	68 189	89 300	125 312
24. 12. 19	91 392	85 179	68 675	92 149	133 361
31. 12. 19	91 342	106 778	92 469	91 350	180 638

	Guthaben des Staatsschatzes	Notenreserve	Gesamtreserve an Gold und Noten	Verhältnis der Reserve zu den Verbindlichk.
3. 12. 19	20 794	20 618	22 106	13,20
10. 12. 19	20 174	20 165	21 526	13,63
17. 12. 19	21 538	18 442	19 649	13,38
24. 12. 19	20 338	16 593	17 693	13,50
31. 12. 19	19 213	16 398	18 442	9,20

Currency Notes

	Umlauf	Golddeckung	Regierungs-Sicherheiten
3. 12. 19	340 277	28 500	323 890
10. 12. 19	343 293	28 500	324 533
27. 12. 19	348 373	28 500	329 463
34. 12. 19	358 231	28 500	339 367
1[1] 12. 19	358 152	28 500	337 537

Bank von Frankreich

(in Mill. fr)

	Gold in der Kasse	Gold im Auslande	Silber	Guthaben beim amer. Staatsschatz	Auslands-Guthaben
4. 12. 19	3599	1978	280	570	807
11. 12. 19	3599	1978	276	518	687
18. 12. 19	3599	1978	272	518	796
25. 12. 19	3600	1978	268	518	779

	Wechsel vom Moratorium nicht betr.	gestundete Wechsel	Vorschüsse auf Wertpapiere	Vorschüsse an den Staat	an Private
4. 12. 19	1300	641	1348	26 300	—
11. 12. 19	1115	636	1395	26 300	—
18. 12. 19	1194	631	1397	25 800	—
25. 12. 19	1268	626	1451	25 700	—

	Vorschüsse an die Verbündeten	Notenumlauf	Staatsguthaben	Privatguthaben
4. 12. 19	3740	37 756	50	2982
11. 12. 19	3745	37 678	94	3052
18. 12. 19	3750	37 873	82	3182
25. 12. 19	3755	37 774	76	3127

Geldverfassung und Währungspolitik

Die Verpachtung des österreichischen Tabakmonopols gegen eine Valutaanleihe soll unmittelbar bevorstehen und zwar entweder an eine französische Gesellschaft oder an ein holländisches Unternehmen. In den von Italien okkupierten ehemaligen österreichischen Gebieten wurde durch Dekret der Wert der österreich-ungarischen Krone auf 60 cts festgesetzt; Beträge bis zu 5000 Lire werden zu 20 % in bar, höhere in Schatzscheinen eingelöst. („Überseedienst", Nr. 96 v. 23. 12. 19).

Seit 1. 7. 19 sandte die Bank von England:

nach Indien..... 9 200 000 £ nach Spanien .... 300 000 £
„ Frankreich 800 000 „ „ Schweiz..... 550 000 „
„ Ver. Staaten 1 100 000 „

Seit 1. 7. 19 betrug die Einfuhr:

	Barren-Gold	Goldmünzen
aus Südafrika.....	20 200 000 £	—
„ Westafrika.....	700 000 „	—
„ Indien.....	1 300 000 „	—
„ Vereinigte Staaten	400 000 „	—
„ Niederlanden.....	3 000 000 „	21 500 000 £
„ Belgien.....	—	18 200 000 „

(„Times" vom 2. 1. 20.)

Der Umsatz des London Bankers Clearinghouse von 1919 mit 28 Milliarden £ zeigt eine Vergrößerung von 7 Milliarden gegenüber dem Rekord von 1918, bzw. gegenüber 1913 einen um 73 % erhöhten Umsatz. Der Umsatz des Country Cheque clearing ist um 134 % höher als im Jahre 1913 („Times" v. 2. 1. 20.)

Die Entwicklung des Goldgeld-Umlaufs in den Vereinigten Staaten stellte sich seit Mai dem Vorjahr gegenüber folgendermaßen (in Mill. $):

	1919	1918		1919	1918
Mai.....	3092,4	3042,7	September..	2944,7	3079,3
Juni	3092,0	3043,9	Oktober ...	2905,7	3079,1
Juli.....	3095,1	3076,5	November ..	2873,5	3079,8
August	2989,5	3080,8			

(„Auslands Nachr.", Nr. 3 v. 17. 12. 19).

Die Goldbestände der „Federal Reserve Banks" stiegen auf 2 201 804 000 $ im Juni 1919 als höchsten Stand und betrugen Ende des Jahres 1919 2 078 400 000 $, d. h. die Notendeckung der „Federal Reserve Banks" in Gold betrug 50 %. Von Deutschland erhielten die Vereinigten Staaten 172 Mill. $, die Goldförderung betrug im Jahre 1919 zwischen 55 und 60 Mill. $ gegen rund 1 Milliarde im Jahre 1915. Die Produktion an Silberbullion in den Vereinigten Staaten betrug im Jahre 1919 zwischen 65 und 70 Mill. Unzen. (Bericht der National City Bank 1919.)

Die portugiesische Regierung verbietet den An- und Verkauf ausländischer Schecks und Münzen in größeren Beträgen als monatlich 1500 Peseten je Person. („Frankfurter Ztg.", Nr. 966 v. 28. 12. 19.)

Die polnische Mark wurde Ende Dezember zum ersten Mal an der Züricher Börse und zwar mit einem Kurs von 12 ct notiert. („Weltwirtschafts Zeitung", Nr. 51 v. 19. 12. 19).

Die Regelung des Verkehrs mit ausländischen Valuten in Großpolen ist derart getroffen worden, daß sich mit dem Aufkauf der Devisen nur besonders bestellte Devisenbanken befassen durften. Die Ausfuhrgenehmigung für Devisen von über 1000 M. erteilt das posen'sche Finanzdepartement. Für Devisen-Transaktionen auf Grund von Warenhandel mit dem Ausland ist das Amt für Auslandshandel zuständig. („A. N. D.", Nr. 3 v. 17. 12 19.)

Die finnische Devisen-Organisation ist dahin abgeändert worden, daß nur der freihändige Verkauf von höchstens 5000 M. je Person in der Woche gestattet ist. Über größere Summen kann nur für gegenwärtige Importe oder im Falle spezieller Erlaubnis durch das Devisenkontrollbureau disponiert werden. Außerdem ist die Bezahlung solcher Verpflichtungen gestattet, die vor dem 1. 6. 18 eingangen worden sind. Alle fremden Münzen dürfen frei umgewechselt werden, außer dem russischen Rubel. („Commerce Reports", Nr. 266 v. 12. 11. 19.)

Die Bank von Spanien ist durch Dekret autorisiert worden, den Notenumlauf bis zu 4,5 Milliarden Peseten auszudehnen. Die metallische Deckung beträgt 2,8 Milliarden Pes. Gold und 610 Mill. Silber. („Financial News" v. 29. 12. 19.)

Durch Dekret vom 12. 9. sind Goldmünzen und Noten der Vereinigten Staaten in Salvador gesetzliches Zahlungsmittel geworden, durch Dekret vom 29. 9. ist der Garantiefonds der Banken in Salvador statt in Silber in Gold zu halten. („Board of Trade", Nr. 1202 v. 11. 12. 19.)

Der Preis des indochinesischen Piasters, der sich lange Zeit auf einem Normalstand von 250 fr hielt, hat jetzt 10 fr überschritten. („Weltwirtschaftliche Nachrichten", Nr. 22 v. 2. 1. 20.)

Der Goldbestand der Bank von Norwegen betrug ultimo Juli 148,84 Mill. Kr nach dem letzten Bericht nur noch 147,96 Mill. Der Gesamtrückgang seit Juni 1918 beträgt nicht weniger als 2 Mill. Kr. („A. N. D.", Nr. 3. v. 17. 12. 19.)

1918/19 wurden in Britisch-Westafrika 1 624 170 £ Silbermünzen und 2 340 995 £ Currency Notes in Umlauf gesetzt. d. h. dreimal so viel wie im vorigen Jahre. („Manchester Guardian" v. 24. 12. 19)

Staatsanleihen

Die argentinische Deputiertenkammer hat das Darlehen an die Alliierten im Betrage von 60 Mill. Pesos angenommen. („Stuttg. N. T. B.", Nr. 636 v. 15. 12. 19.)

Bereits im Oktober 1918 hatten die Vereinigten Staaten 1/4 Milliarde ihrer Kriegsanleihen wieder eingelöst. Vom Abschluß des Waffenstillstandes bis zu Anfang September 1919 wurde eine weitere 1/2 Milliarde rückgezahlt. („Hamb. Nachr.", Nr. 647 v. 20. 12. 19.)

Die belgische Regierung beabsichtigt eine innere Anleihe von etwa 5,8 Milliarden zu 5 1/2 bis 6 % aufzulegen. („Frkft. Ztg.", Nr. 2 v. 1. 1. 20.) Außerdem sind die Verhandlungen über eine äußere Anleihe in England nach der „Times" v. 13. 12. 19 erfolgreich abgeschlossen. Die Anleihe soll 50 Mill. £ bringen; 1/4 der Anleihe ist bereits gezeichnet. („Überseedienst", Nr. 96 v. 23. 12. 19.)

Der Vorschuß der Vereinigten Staaten an Italien wurde um 416 114 $ erhöht, so daß er insgesamt 1 621 338 986 $ beträgt. Insgesamt betragen jetzt die Kredite an die Alliierten 9 647 834 679 $. („Financial News" v. 31 12 19.)

Neugründungen und Kapitalserhöhungen

Gesellschaften mit beschränkter Haftung

Dezember 1919

Gewerbegruppen	Stammkapital Zahl der Ges.	Stammkapital in 1000 M.	Kapitalserhöhungen Zahl der Ges.	Kapitalserhöhungen in 1000 M.
Land- und Forstwirtschaft	2	120	—	—
Tierzucht und Fischerei	3	70	—	—
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen .	—	—	—	—
Industrie der Steine und Erden.....	18	926	1	20
Metallverarbeitung.....	20	1178	5	335
Industrie d. Maschin., Apparate u. dgl.	61	4261	7	440
Schiffswerften	1	50	—	—
Elektrotechnische Industrie	28	1007	3	140
Elektrizitätserzeugung	1	80	—	—
Chemische Industrie.....	33	1496	1	67000
Seifen, Fette, Öle, Firnisse u. dgl. ..	3	200	—	—
Gas- und Wasserbesorgung	1	1000	—	—
Spinnstoffgewerbe	9	2108	1	10
Papierindustrie	2	150	—	—
Leder- und Gummiindustrie.....	2	40	2	160
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	23	1036	4	305
Industrie der Nahrungs- u. Genußmittel	28	4792	10	1965
Brauereien, Mälzereien.....	—	—	1	135
Bekleidungsgewerbe	6	505	—	—
Reinigungsgewerbe	1	500	—	—

Gewerbegruppen	Stammkapital Zahl der Ges.	Stammkapital in 1000 M.	Kapitalserhöhungen Zahl der Ges.	Kapitalserhöhungen in 1000 M.
Baugewerbe	16	2977	2	368
Vervielfältigungsgewerbe, Anzeigenbüros, künstlerisches Gewerbe u. dgl.	63	2724	3	1342
Handelsgewerbe	201	13163	16	7093
Banken	2	250	—	—
Immobilienhandel und -Verwertung	84	3896	2	523
Versicherungsgewerbe	2	40	—	—
Verkehrsgewerbe	24	3542	—	—
Fluß- und Küstenschiffahrt	—	—	—	—
Seeschiffahrt	3	144	—	—
Gast- und Schankwirtschaft	9	1016	1	10
Musik, Theater- u. Schaustellungsgew.	3	86	—	—
Sonstige Gesellschaften	4	110	1	120
	653	47497	60	79966

F. L.

Schiffahrt und Schiffbau

England

Hafenverkehr. Der Verkehr in den Mersey-Häfen betrug unter Zugrundelegung des abgabepflichtigen Güterumschlages im Betriebsjahr:

1. Juli 1913/14..... 16 100 000 Tonnen
1. Juli 1918/19..... 12 400 000 „

Während hier also ein Rückgang von annähernd 1/4 gegenüber dem letzten Friedensjahre vorliegt, sind die innerhalb der Dock- und Kaibetriebe gezahlten Löhne in der gleichen Zeit von 570 000 £ auf 1 500 000 £ gestiegen. *Hb.*

Die Immunität fremder Regierungsschiffe. Ein neues Gesetz sieht vor, daß künftig nicht nur die Kriegsschiffe fremder Staaten, sondern auch die den Regierungen gehörigen Handelsschiffe, welche im Handelsverkehr beschäftigt sind, in englischen Häfen gegen Arrestierung im Zivilverfahren immun sein sollen. Hiergegen hat die Vereinigung der Liverpooler Dampfschiffsreeder in einer Eingabe an die Regierung scharfe Verwahrung eingelegt und zur Begründung angeführt:

1. daß es im Interesse der Sicherheit im Seeverkehr von höchster Wichtigkeit sei, alle Handelsschiffe der Entscheidung der ordentlichen Gerichte zu unterstellen,

2. daß die Immunität die fremden Schiffe von aller Verantwortung für den an Personen oder Sachen angerichteten Schaden befreien würde,

3. daß die Immunität fremde Schiffe selbst während ihres Aufenthaltes in englischen Häfen von der Einhaltung der Merchant Shipping Acts (hinsichtlich Tiefladelinien und Sicherheitsvorschriften) sowie von der Beobachtung des Arbeiter-Entschädigungsgesetzes befreien werde, und

4. daß die Immunität die britischen Berger jeder Handhabe berauben würde, den bei Hilfeleistungen solchen fremden Regierungsschiffen gegenüber verdienten Bergungslohn einzutreiben. *Hb.*

Rücktritt Lord Pirrie's. Durch Verfügung des Ministerpräsidenten und des Schiffahrtsministers ist dem Ersuchen Lord Pirrie's um Enthebung von seinem Amte als General-Kontrolleur des Handelsschiffbaues zum 31. 12. 19 stattgegeben worden. Lord Pirrie war im März 1918 auf diesen Posten berufen worden. Die Abteilung des General-Kontrolleurs ist jetzt so weit demobilisiert worden, daß ihre Reste in die zuständigen Regierungsämter übernommen werden konnten. Die endgültige Abwicklung übernimmt das Schiffahrtsministerium. *Hb.*

Steigende Schiffspreise. Nach einer neuen Meldung von Fairplay ist für norwegische Rechnung mit einer englischen Werft der Neubau eines Dampfers von 7000 t Tragfähigkeit zur Lieferung im Oktober 1920 zum Preise von 34 £ je t Tragfähigkeit abgeschlossen worden. *Hb*

Aus Geschäftsberichten englischer Reedereien. Die Chalister Steam Ship Co, Ltd., schließt ihr am 30. 11. beendetes Geschäftsjahr mit einem Betriebsgewinn von 17 615 £ ab, wozu 6382 £ Zinsen aus Anlagen und 7562 £ Gewinnvortrag treten. Hieraus werden nach Rückstellung von 15 654 £ 10 % Dividende verteilt. Das eingezahlte Kapital der Gesellschaft beträgt 34 500 £. Für den Verkauf eines ihrer Dampfer erzielte die Gesellschaft 260 015 £, und 287 500 £ sind in Kriegsanleihen angelegt.

Die Werft von John I. Thornycroft & Co., Ltd., erzielte in dem am 31. 7. abgelaufenen Geschäftsjahr einen Gewinn von 108 775 £, außer Einkommen- und Kriegsgewinnsteuer. Nach Rückstellung von 34 250 £ werden hieraus auf 300 000 £ Stammkapital 12½ % und auf 198 000 £ Vorzugsaktien 6 % Dividende verteilt. Die Dividende auf das bisher 148 500 £ betragende Stammkapital betrug in den letzten drei Jahren 17½ %. *IIb.*

Frankreich

Handelsflotte und Regierung. (Wie in der vorigen Nummer des „W.-D." erwähnt, hat der Admiral Bienaimé Zweifel an der Ausführbarkeit des Programms der Regierung, 669 000 t Schiffsraum auf den privaten Werften und 105 000 t auf den Staatswerften bis zum 1. 7. 22 fertigstellen zu lassen. Daß diese Zweifel nicht ganz unberechtigt sind, geht aus der Gegenüberstellung zweier Berichte hervor, von denen der erste, eine mehr oder weniger offizielle Mitteilung der Regierung, die Lage möglichst rosig hinzustellen sucht, während der zweite, eine private Zusammenstellung, zeigt, was von diesem Programm tatsächlich in Angriff genommen ist und ausgeführt werden kann.

Der erste Bericht sagt: Am 22. 11 19 wurde ein Schiff des sogenannten Typs „Marie-Louise" in Brest vom Stapel gelassen. Es handelt sich um einen Frachtdampfer des genannten Typs, von dem nach Mitteilung der Regierung ein weiterer in Brest, je drei in Cherbourg, Lorient und Rochefort im Bau sind und je drei in Cherbourg und Brest, fünf in Lorient und sieben in Rochefort zu bauen in „Aussicht genommen" worden sind. In Brest sollen weiterhin gebaut werden: 12 Passagierdampfer des Typs „Duc d'Aumale" von etwa 110 m Länge, 15,70 m Breite, 6000 Pferdekräften, 19 Knoten Geschwindigkeit und 4670 Br. R. T. Daneben sollen in Brest und Lorient je drei Passagierdampfer von 15 000 Br. R. T. für die Fahrt nach dem fernen Osten gebaut werden. Im ganzen weist das Programm der Regierung Bauaufträge in Höhe von 115 000 t Wasserverdrängung bei Frachtdampfern und 99 600 t Wasserverdrängung bei Passagierdampfern auf, insgesamt 34 Fahrzeuge mit 214 600 t Wasserverdrängung, deren Fertigstellung auf den Staatswerften „in bestem Zuge" wären.

Es ist schon bezeichnend für den Bureaukratismus der Betriebe, daß sie das in der Kriegsmarine übliche Maß der Wasserverdrängung noch nicht aufgegeben haben. Wie es mit der Fertigstellung dieser Tonnage bestellt ist, zeigt die andere Aufstellung:

Von Stapel gelassen und dicht vor der Fertigstellung sind: auf den Werften der Seine fünf Frachtdampfer in Port-de-Bouc, an der Gironde und auf den Werften bei Arles je zwei Frachtdampfer des Typs „Charb"; kleine Schiffe von 66 m Länge, 700 Pferdekräften und 1000 Br. R. T.

Frühestens im Laufe des Jahres 1920 sollen einige Schiffe des schon erwähnten Typs „Marie-Louise" fertiggestellt werden. Erst 1921 können jedoch umfangreichere Ablieferungen erwartet werden und zwar sechs Passagierdampfer des Typs „Mustapha II" von 105 m Länge, 13,60 m Breite, 5200 Pferdekräften, 17½ Knoten Geschwindigkeit und 3700 Br. R. T., die für die Algierfahrt bestimmt sind.

Im selben Jahr wird man fertigstellen können; drei Passagierdampfer des erwähnten Typs „Duc d'Aumale"; außerdem einige der sechs für die Indo Chinafahrt bestimmten Passagierdampfer des Typs „Porthos" von 147 m Länge, 16 Knoten Geschwindigkeit und 12 000 Br. R. T., und zwei Passagierdampfer von 15 000 Br. R. T. für die Chinafahrt, die bei den Werften der Gironde bestellt sind. Schließlich soll auch ein Dampfer für die Madagaskarfahrt von 140 m Länge, 15 Knoten Geschwindigkeit und 11 000 Br. R. T. möglicherweise fertig werden, der bei der „Société Provençale" bestellt werden soll.

Daraus geht hervor, daß von diesen 18 Schiffen mit 149 210 t, die im Jahre 1921 fertigzustellen sind, ein einziges, ein Passagierdampfer des Typs „Duc d'Aumale" bisher tatsächlich im Bau ist. Es bleibt abzuwarten, wie weit die Regierung in der Lage sein wird, ihre großartigen Versprechungen einzulösen und ob sie nicht besser täte, die private Initiative zu fördern. *P. W.*

Vereinigte Staaten

Vergrößerung der amerikanischen Tankdampferflotte. Die Nachfrage nach Tankdampfern macht sich auch in Amerika mit wachsender Schärfe bemerkbar. Alle interessierten Kreise sind der Ansicht, daß die heutige Tankdampferflotte der Welt für die bevorstehende ungeheure Anforderung der Öltransporte nicht ausreicht. Das Schiffahrtsamt, das seinen Bedarf an Öl für das laufende Jahr mit etwa 60 Mill. Barrels einschätzt, hat zunächst den Bau von ungefähr 30 000 t Tankdampfer angeordnet und bereitet Pläne vor, die auf eine Vergrößerung der amerikanischen Tankdampferflotte um über 1 Mill. t hinauslaufen. Auch von privater Seite sind Tankdampfer in beträchtlicher Anzahl in Bestellung gegeben worden. Die größten Tankdampfer der Welt werden gegenwärtig für die Standard Oil Co. bei der Newport News Shipbuilding & Dry Dock Company gebaut. Es sind Schiffe von je 20 000 t Tragfähigkeit, die etwa je 3,5 Mill. $ kosten werden und im Laufe des Jahres 1921 fertiggestellt sein sollen; sie werden etwa 11 Knoten laufen und 140 000 Barrels Öl laden können. Außerdem hat die Standard Oil Co. bei der Federal Shipbuilding Co. in Kearney N. J. 5 Tankdampfer von je 10 000 t im Bau. Die Standard Transport Co. läßt bei der Bethlehem Shipbuilding Corporation 6 Tanker von je 7150 t Tragfähigkeit bauen. Von den Atlantic, Gulf & West Indies Steamship Lines wird berichtet, daß sie insgesamt 10 Tankschiffe in Auftrag gegeben haben. Davon werden 4 von je 10 000 t bei der Sunshipbuilding Co. und 3 von je 7500 t bei der Bethlehem Shipbuilding Corporation gebaut. *A. K.*

Kanada

Canadian Government Merchant Marine Ltd. Unter diesem Namen ist eine Gesellschaft gegründet worden, welcher die kanadische Regierung die ihr gehörigen Schiffe als Eigentum und zum Betriebe übertragen hat. Die Linien, auf welcher die Schiffe fahren sollen, sind für die Wintermonate: St. John-London, in den Sommermonaten Montreal/London. Es sollen weiter noch folgende Verbindungen unterhalten werden: Nach Liverpool, Brasilien und Argentinien, nach Vancouver und Australien, nach Cuba, Jamaica, Havanna, Barbadoes, Trinidad und Demerara. *Hb.*

Rohstoffe und Warenmärkte

Baumwolle

Hamburg. Von einer hiesigen Maklerfirma wird uns geschrieben:

„Seit unserm letzten Bericht haben sich die Preise in Amerika nur wenig verändert. Wir haben zwar Märkte von außergewöhnlichen Schwankungen hinter uns, pro saldo sind aber die Preise ziemlich gleich geblieben.

Die verschiedenen in letzter Zeit erschienenen Ernteschätzungen und Entkörnungsberichte bringen wenig Licht in die noch immer ungeklärte Situation der fast beendeten Ernte. In früheren Jahren konnte man um diese Zeit schon klar genug sehen, um sich ein zuverlässiges Bild über das Ergebnis der Kampagne zu machen, denn die Farmer sorgten von selbst dafür, daß ihre Produktion möglichst rasch zur Entkörnungsmühle kam und somit „sichtbar" wurde, weil die Banken bis spätestens Dezember ihre Vorschüsse in der Hauptsache abgedeckt haben wollten. Heute aber haben sich — wie überall — die Verhältnisse geändert, und der während fünf Kriegsjahren reich gewordene Süden ist jetzt in der Lage, seine Baumwolle so lange zu halten, bis er seinen Preis dafür bekommt. Die Folge davon ist, daß erstens die Preise dadurch hoch gehalten werden und zweitens, daß große Stocks lange „unsichtbar" bleiben und dadurch der Spekulation gute Argumente geliefert werden, um das Preisniveau zu treiben und zu halten.

Die häufig eingetretenen vorübergehenden scharfen Rückgänge hatten ihre Ursache in wirtschaftlichen Gründen, wie Streiks, Kohlenknappheit, Transportschwierigkeiten, unter denen Amerika heute ebenso zu leiden hat wie England, Frankreich, Italien und Deutschland. Und dazu kommen noch die Valutasorgen, die Amerika heute, — als das Land der Goldwährung — im entgegengesetzten Sinne beunruhigen, als dies in Europa der Fall ist. Der stetig fortschreitende Rückgang der Kaufkraft fast aller europäischen Währungen wird vom Rohstoff exportierenden Amerika mit wachsender Unruhe wahrgenommen. Man macht die größten Anstrengungen, um das einströmende Gold und Papier Europas einzudämmen, und die vom Kongreß genehmigte und vom Präsidenten unterschriebene Edge-Bill hat den Amerikanern endlich die fehlende staatliche Sanktion für die vorbereiteten und vorzubereitenden Kreditaktionen für Europa gegeben.

Der inzwischen eingetretene Friedenszustand wird an und für sich auch dazu beitragen, das starke Kreditbedürfnis Europas umfangreicher zu befriedigen. Es bleibt nur noch die Aufgabe Europas selbst: durch schleunigste Herbeiführung geordneter Verhältnisse und einer Hochkonjunktur der Arbeit auf jedem Gebiet, seine Kreditwürdigkeit zu beweisen.

Alle Wetterberichte und Ernteschätzungen bleiben — für Deutschland jedenfalls — von sekundärer Bedeutung, solange unsere Valuta dauernd solchen Schwankungen ausgesetzt ist, die 100 Punkte Baumwollnotierung mehr oder weniger, illusorisch machen."

Bremen. Die Herren Knoop & Fabarius, Bremen, berichten: „Nach den letzten stürmischen Aufwärtsbewegungen ist der Markt plötzlich wieder in eine sehr unsichere Stimmung verfallen, unter deren Einfluß wilde Preisschwankungen denselben stark erschüttern.

Man schloß		mid. disp.	Jan.	März	Mai
in Liverpool..	am 8. Januar	—.— d.	27,94 d.	26,24 d.	24,60 d.
„ New York..	„ 6. „	39,25 c.	37,70 c.	36,07 c.	34,51 c.
„ New Orleans	„ 6. „	41,— c.	39,52 c.	37,31 c.	35,53 c.

Die inzwischen eingelaufenen Berichte aus New York von Ende Dezember heben fast allgemein die vorherrschende feste Stimmung auf dem Warenmarkte und die günstige Lage der Lancashire-Industrie hervor. Diese habe in einer Dezemberwoche neben umfangreichen Inlandgeschäften Abschlüsse nach dem fernen Osten in einer Höhe von 20 Mill. £ buchen können. Kein Wunder, daß die Eigner von effektiver Baumwolle an ihren hohen Forderungen festhalten und mit einer gesicherten Zukunft noch auf länger hinaus rechnen.

Bemerkenswert ist, daß am 7. Januar in Liverpool das Preisverhältnis zwischen alter und neuer Ernte sich ganz wesentlich zugunsten der letzteren verschob. Worauf diese plötzliche Schwenkung zurückzuführen ist, erscheint im Augenblick noch unklar, wenigstens fehlen entsprechende Nachrichten, aber der Gedanke ist nicht unberechtigt, daß die Zukunftsträume nnd Zukunftswünsche des Südens, die wir oben erwähnten, sich jetzt schon mit der neuen Ernte beschäftigen.

Was die Lage in Deutschland anbelangt, so wird sie nach wie vor beherrscht durch die Valutafrage. Leider ist eine leichte Kursbesserung der Mark über Nacht wieder verschwunden und diese Erscheinung muß dahin drängen, daß unsere Industrie immer intensiver das Ziel ins Auge faßt, Ausfuhrware zu schaffen, und daß Handel und Finanzwelt immer eifriger nach Mitteln suchen, einer solchen Ausfuhr die Wege zu ebnen, dieselbe so vorzubereiten, daß im gegebenen Augenblicke unseren ausländischen Rohstofflieferanten möglichst schnell Ware an Stelle von Geld geliefert werden kann.

Wenn man jetzt erlebt, daß der deutsche Spinner für 100 Ballen rund eine Million Mark zu zahlen hat, dann muß man sich immer wieder die Frage vorlegen, kann es noch lange so bleiben? Sehnt sich nicht jeder nur nach einer Antwort, nach einem „kategorischen Nein"? Aber die Verhältnisse sind leider absolut nicht danach, daß man eine solche Antwort zu erteilen wagen könnte, im Gegenteil, man wird sich sagen müssen, daß eine Entwicklung, die uns Hilfe oder Erleichterung bringen könnte, noch in weitem Felde zu liegen scheint. Helfen kann uns nur zunächst eine Verbilligung des Rohmaterials einerseits, eine Steigung unseres Markkurses andrerseits. Aussicht auf eine solche Entwicklung ist augenblicklich nach keiner Seite hin auch nur im geringsten vorhanden und Anzeichen hierfür sind nirgendwo zu erkennen; denn dem Süden liegt jeder Gedanke an Nachgeben durchaus fern, und die Welt in ihrer Haßverblendung denkt leider noch

nicht an ruhige, sachliche Erwägung dessen, was der Weltwirtschaft dienlich sein könnte, zum Wohle aller Menschen auf Erden.

Solange dieser diabolische Geist die Welt beherrscht, ist die Hoffnung auf eine Besserung der Verhältnisse im allgemeinen und eine Erleichterung unserer Lage im besonderen eitel."

Vereinigte Staaten. Während früher die Ausmaße der Ballen große Verschiedenheiten aufwiesen, hat man jetzt eine einheitliche Ballengröße von 60 × 30 × 15" festgesetzt. Man preßt auch die Baumwolle bedeutend fester, so daß etwa 34 lbs auf ein cbft kommen gegen 27—28 lbs vor dem Kriege.

Die amerikanische Baumwollernte des Anbaujahres 1919 stellte sich nach der Dezemberschätzung des Ackerbauamts zu Washington in den einzelnen Pflanzungsgebieten wie folgt (in Tausenden von Ballen à 500 lbs ohne Linters):

	1919/20	1918/19	1917/18	1916/17	1915/16
Nord-Carolina	875	870	570	646	708
Süd-Carolina	1 475	1 300	1 336	920	1 160
Georgia	1 730	2 100	1 820	1 845	1 900
Florida	17	25	40	43	50
Alabama	715	820	505	525	1 050
Mississippi	946	1 210	895	800	940
Louisiana	300	525	615	440	360
Texas	2 700	2 580	3 115	3 775	3 175
Arkansas	830	935	895	1 145	785
Tennessee	298	330	206	378	295
Missouri	60	70	51	62	52
Oklahama	930	550	880	835	630
Californien	102*	—	67	60	34
Virginia	28	26	16	29	16
Andere	82	159	29	8	6
Insgesamt	11 020	11 700	11 040	11 511	11 161

*) einschl. 52 000 Ballen in Mexiko geerntet.

Wolle

Marktlage. Von der Firma Retzmann & Co. erhielten wir folgenden Bericht: „Nachdem Ende August vorigen Jahres die Zwangswirtschaft für Wolle und kurze Zeit darauf durch Aufhebung der Devisenordnung die bis dahin noch bestehenden Einfuhrbeschränkungen in Fortfall geraten waren, ergab sich für den deutschen Wollhandel die Gelegenheit, aus der durch die Kriegswirtschaft erzwungenen Ruhe herauszutreten und sich wieder zu betätigen. Das Interesse, das sich während der Zwangswirtschaft auf das mühselige und wenig lohnende Erfassen und Abliefern der deutschen Schur beschränkt sah, konnte sich wieder den überseeischen Wollen zuwenden, welche vor dem Kriege das Schwergewicht in der deutschen Wollindustrie hatten.

Zwar mit Australien, als dem hauptsächlich Wolle ausführenden Lande, ist es dem deutschen Handel bis jetzt noch nicht wieder möglich gewesen, Verbindungen anzuknüpfen. In diesem Lande hat die englische Regierung während dreier Jahre die gesamte Schur aufgekauft, um sie der englischen Industrie und nach deren Versorgung auch der der alliierten Länder dienstbar zu machen. Deutschland hat also vor der Hand wenig Aussicht, durch direkte Bezüge ein nennenswertes Kontingent australischer Wolle zu bekommen. In Südafrika übt die englische Regierung gleichfalls die Kontrolle über den größeren Teil der Wollerzeugung aus und wenn auch schon einige Abladungen Kapwolle auf dem Umwege über England ihren Weg zu uns gefunden haben, so wird es doch noch viele Zeit und große Anstrengungen kosten, diese Provenienz, welche früher ihre Verarbeitung hauptsächlich in Deutschland fand, wieder in dem alten Umfange hierher zu bringen. Günstiger liegen die Verhältnisse in Argentinien, wo schon während des Krieges bedeutende Käufe für deutsche Rechnung abgeschlossen sind, welche jetzt zur Verladung nach Deutschland gelangen. Ergaben sich so in der direkten Beschaffung überseeischer Wollen zum Teil noch unüberwindliche Schwierigkeiten, so war doch die Möglichkeit gegeben, für den dringendsten Bedarf Bezüge aus näher liegenden Ländern zu erhalten, wie aus Spanien, Holland und den skandinavischen Ländern. Auch von der asiatischen Türkei sind während der letzten Monate nicht unerhebliche Mengen Wolle und Mohair nach Deutschland eingeführt worden. Schließlich ist noch manches durch Kauf in Belgien und England von deutschen Häusern erworben worden. Unter Ausnutzung aller dieser Möglichkeiten ist die Einfuhr überseeischer Wolle in Ansehung der beschränkten Transportverhältnisse und den Schwierigkeiten in der Beschaffung ausländischer Zahlungsmittel ziemlich erheblich, wenn auch dem Bedarf, auf den die deutsche Industrie eingestellt ist, noch lange nicht entsprechend.

Hinsichtlich der Preise ist zu bemerken, daß die bei Kriegsende in allen Ländern herrschende große Wollnot natürlich sehr hohe Weltmarktspreise bedingen mußte. Im Spätherbst 1919 erst machte sich eine gewisse Sättigung mit groben Wollen bemerkbar und bewirkte einen Preisrückgang, der in der Londoner Dezember-Auktion deutlich in Erscheinung trat und bei den geringen Kreuzzucht-Wollen 20 bis 25%, bei den besseren 10 bis 15% ausmachte. Auch ließ die Nachfrage nach geringen Kreuzzuchten merklich nach. Merino-Wollen hingegen blieben weiter in guter Nachfrage und sind es auch noch, wenngleich auch hierbei die höchsten Preise nicht mehr erzielbar sind, vielmehr die feineren Sorten bis zu 5%, die geringeren bis zu 10% verloren haben. Die fortgesetzte Verschlechterung der deutschen Valuta hat es bisher verhindert, daß diese Herabsetzung der Weltmarktpreise sich bei uns in gleichem Maße bemerkbar macht. Wenn der neuerdings ins Auge gefaßte Plan, für Textilrohstoffe wieder ein Einfuhrverbot zu erlassen, zur Tat werden sollte, dürfte für die im Lande befindlichen Partien jedenfalls eine verstärkte Nachfrage und höhere Preise zu erwarten sein. Ob die bereits erwähnte Ermäßigung der Weltmarktpreise von Bestand sein wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Ohne Frage sind allerorten die Bestände an Wollwaren erschöpft und der Bedarf ist äußerst dringend, so daß selbst bei angestrengtester Tätigkeit der Fabrikation an ein Arbeiten auf Lager noch für lange Zeit nicht zu denken ist.

Die neue Schur in den Hauptproduktionsländern steht noch in weiter Ferne, und wenn man den Berichten über die stellenweise in Australien herrschende schwere Dürre Glauben schenken darf, so ist auch mit einem mehr oder minder großen Rückgang der Austral-Schur zu rechnen. Es ist daher außerordentlich schwer, bestimmte Schlüsse über den zu erwartenden Verlauf des Marktes zu ziehen, da zu viele Faktoren mitspielen. Jedenfalls dürfte es zweifellos sein, daß für greifbare und weiter eintreffende Ware in Deutschland unverändert hohe Preise bezahlt werden müssen.

Die Preise, welche auf der in der zweiten Dezemberhälfte in Antwerpen abgehaltenen Versteigerung von Austral-Wollen bezahlt wurden, bewegten sich ungefähr auf folgender Grundlage (M je kg reingewaschen ohne Waschspesen, erste Kosten Antwerpen):

Gute Schweißwollen	Vließe A/AA	Kette u. Schuß 175—180 M.
„	„ A	Kette 160—165 „
„ Stücken u. Bäuche	A/AA	155—160 „
„ Stücken	B/C	100—105 „
„	„ C/D	85— 90 „
„	Vließe D/E	70— 75 „
„	„ E/EE	50 M.

Holz

Hamburger Markt. Dem zum ersten Mal seit 1913 wieder erschienenen Jahresbericht der Firma J. F. Müller & Sohn, A.-G., entnehmen wir folgendes: „Nachdem der Weltkrieg und seine wirtschaftlichen Beschränkungen viele Jahre lang eine Berichterstattung im Hinblick auf Zwangsbewirtschaftung und mangelnde Zufuhren überflüssig machte, darf nicht erwartet werden, daß schon jetzt Vorgänge auf dem Markt für überseeische Nutzhölzer Material zu umfassendem Bericht böten, vielmehr hat die Einfuhr fremder Hölzer bis jetzt aus mannigfachen Gründen, Knappheit oder Mangel an Arbeitskräften auf allen Produktionsgebieten, hohen Frachten, unüberwindlich scheinenden Valutaschwierigkeiten, in irgendwie nennenswertem Grade noch nicht wieder aufgenommen werden können.

Unser Markt hat sich aber mit gutem Erfolge vermehrt den inländischen Laub- und Nadelhölzern zugewandt. Die allgemeine gewaltige Preissteigerung, welche in den letzten Kriegsjahren einsetzte und seit der Revolution weitere rasche Fortschritte machte, dürfte zum Teil auf die unaufhaltsame Entwertung unseres Geldes zurückzuführen sein, zum Teil aber auch auf die große Nachfrage seitens der Händler- und Verbraucherkreise, von denen erstere ihre durch die Kriegsjahre erschöpften Läger wieder aufzufüllen trachteten, während letztere in fast allen Zweigen eine gute bis glänzende Beschäftigung aufzuweisen hatten. Die Preisbewegung wird u. E. erst einer Stetigkeit Platz machen, wenn die Inlandpreise sich den Weltmarktpreisen, sei es durch weitere rücksichtslose Erhöhung, sei es durch

günstigere Gestaltung der Valuta, angepaßt haben werden. Dieser Zeitpunkt wird uns auch in den Stand setzen, der Wiedereinfuhr überseeischer Nutzhölzer näherzutreten, welche nach übereinstimmender Meinung der beteiligten Handelskreise auch unter heutigen Umständen für viele Zwecke mehr oder weniger als unerläßlich bezeichnet werden muß.

Die scharfe Aufwärtsbewegung der Preise für alle deutschen Hölzer hat die Produktion in höchstem Maße angeregt, so daß nicht nur der Abtrieb stellenweise mit allen verfügbaren Kräften aufgenommen worden ist, sondern auch alle Sägewerke eine Höchstleistung zu erreichen suchen. Mit einer ferneren Erhöhung der Preise ist zu rechnen. Die Arbeiterfrage zeigt neuerdings eine etwas erfreulichere Seite, als die Bereitwilligkeit zu nutzbringender Tätigkeit in gewissem Grade zurückzukehren scheint; die Lohnfragen zusammen mit dem Bestreben der Organisationen, dem Unternehmertum Gewalt anzutun, bergen jedoch noch manche Gefahr für die ersprießliche Weiterentwicklung.

Über die einzelnen deutschen Holzsorten ist folgendes zu sagen:

Das Angebot in Ahorn war nur letzthin etwas reichlicher, blieb jedoch weit hinter der starken Nachfrage, die eine recht erhebliche Preisbewegung nach oben hervorrief, zurück.

Die Preise für Birke sind infolge der sehr bedeutenden Nachfrage nach Schäl- und Fournierholz stetig gestiegen; auch für Schnittmaterial zeigte sich steigendes Interesse.

Die Nachfrage nach Rotbuche war zu Anfang und Mitte des Jahres recht unbedeutend, hat sich jedoch gegen Jahresende sehr verstärkt und in sehr kurzer Zeit eine ganz bedeutende Preissteigerung hervorgerufen, welche weiter anzuhalten scheint.

Die deutsche Eiche ist das einzige heimische Edelholz, welches für die Herstellung von Möbeln in weitestem Ausmaße in Betracht kommt und überall auch dort zur Verwendung gelangt, wo man früher gewohnt war, überseeische Nutzhölzer zu gebrauchen. Handel und Verbrauch suchten sich in letzter Zeit, wo die Lage allgemein erkannt ist, auch zu sprunghaft steigenden Preisen in den Besitz von Rundholz und Schnittmaterial zu setzen. Immerhin steht zu hoffen, daß, nachdem die Produktion den dringendsten Bedarf befriedigt haben wird, der Handel in dieser Holzart in stetigere Bahnen gelenkt und der beschränkten Ausfuhr, der handelspolitisch eine so große Bedeutung beizumessen ist, nichts in den Weg gelegt werden wird.

Die Preise für Erle waren zu Ende des Jahres auf ein Mehrfaches des Jahresbeginns gestiegen.

Für die großen Bestände von Eschenstämmen und Schnittmaterial, welche für den Flugzeugbau während der Kriegszeit überall bereitgestellt waren, schien es in der ersten Hälfte des abgelaufenen Jahres an Verwendungszwecken zu ermangeln, in den letzten Monaten setzte aber auch hierfür eine lebhafte Nachfrage ein. Die Preisbewegung war daher auch für diese Holzart letzthin stark nach oben gerichtet.

Nach Kirschbaum war die Nachfrage für Fournierzwecke erheblich und konnte nur zum kleinen Teil befriedigt werden. Von Schnittware bestanden noch größere Läger, welche auch gelichtet wurden.

Das Angebot von Lindenrundholz war dauernd recht unerheblich. Erst die zweite Jahreshälfte brachte eine stärkere Nachfrage, welche ebenfalls eine Preissteigerung hervorrief.

Das Fehlen ausländischen Nußbaumholzes brachte es mit sich, daß man dem heimischen Nußbaum vermehrte Beachtung schenkte.

Für Pappel und Aspe fehlt es an Angebot, so daß die Nachfrage nur zum Teil befriedigt werden kann.

Auch Rüsternholz ist während des Krieges für Heeresbedarf, wenn auch in mäßigem Umfange, eingeschnitten worden. Die aus dieser Zeit noch vorhandenen Partien wurden bald aus dem Markt genommen. Die vermehrte Beachtung, welche man heimischen Hölzern zuwendet, hatte auch eine stärkere Verwendung dieser früher nur gering geschätzten Holzart zur Folge.

Bei mäßigem Angebot hat während des ganzen Jahres sehr lebhafte Nachfrage nach Weißbuche in frischer Ware bestanden und eine erhebliche Preissteigerung zur Folge gehabt.

Die Preise für Nadelhölzer haben, obwohl die Bautätigkeit in Deutschland noch nirgends wieder in nennenswertem Umfange eingesetzt hat, in den letzten Monaten eine starke Aufwärtsbewegung zu verzeichnen gehabt. Mehr noch als bei den Laubhölzern dürfte diese Erscheinung auf die starke Auslandsnachfrage zurückzuführen sein. In den für Mitteleuropa wichtigen bisherigen Produktionsgebieten Schweden, Finnland, Norwegen, Rußland und den Randstaaten, unterliegt die Produktion und Verschiffung erheblichen Hemmungen, soweit diese Länder nicht aus Valuta- und politischen Gründen völlig als Lieferanten ausscheiden, während die Tschecho-Slovakei, die in dieser Hinsicht Hilfe bringen könnte, es aus bisher nicht klar erkenntlichen Gründen für gut befindet, für die Ausfuhr Beschränkungen und sogar zeitweilige Verbote zu erlassen.

Für Fourniere jeglicher Art, sei es für Möbel-, Blind- oder Kistenfabrikationszwecke, bestand lebhafteste Nachfrage, so daß angesichts der Rohmaterial-, Arbeits- und Betriebsmittelverhältnisse ebenfalls außerordentliche Preissteigerungen und Lieferungsschwierigkeiten in die Erscheinung traten.

Auch Sperrholz hat auf unserem Markt eine erhöhte Bedeutung erlangt. Solange die russischen und polnischen Werke, welche früher ganz Europa mit diesem Produkt in weitgehendstem Maße versorgten, ihre Tätigkeit noch nicht wieder aufnehmen können, kann die deutsche Industrie, ganz abgesehen von ihrer technischen Überlegenheit, damit rechnen, auch für das Ausland dieses hochwertige Holzprodukt zu lohnenden Preisen herzustellen und damit einen willkommenen Ausfuhrartikel zu schaffen.

Die Einfuhr überseeischer Edelhölzer ist, abgesehen von verschwindenden Ausnahmen, noch nicht wieder aufgenommen. Die Einstellung auf Kriegswirtschaft hat in vielen Ländern der Holzproduktion das Gepräge gegeben und die Ansammlung von Vorräten vereitelt; die Schiffsraumknappheit wird einstweilen noch Holztransporte hinter viele andere wichtigere Rohstoffe zurücktreten lassen, die außerordentlich hohen Seefrachten werden für Nutzhölzer besonders drückend empfunden werden, und letzten Endes wird nur eine wesentliche Besserung der Valuta es herbeiführen können, daß man der Einfuhr fremder Hölzer in größerem Maßstabe das Wort zu reden vermag. Die Marktlage und die Zukunftsaussichten für die verschiedenen überseeischen Hölzer geben folgendes Bild:

Die amerikanische Eiche hat infolge starken Inlandsbedarfs einen außerordentlich hohen Preisstand erreicht und dürfte unter den amerikanischen Harthölzern mit die größte Wertsteigerung aufzuweisen haben. Mit Recht wird man deshalb annehmen dürfen, daß dieses Holz für den deutschen Markt auf lange Zeit nicht in Betracht kommen wird. Die dem Verbrauch im Laufe des Jahres zugeführten Vorräte, welche vom Reiche beschlagnahmt gewesen waren, dürften inzwischen aufgezehrt sein.

Mexikanisches und zentralamerikanisches Mahagoni fehlt in Blöcken jetzt gänzlich, nur von Cuba sind noch geringe Restbestände vorhanden. An Angeboten von Tabasco, Honduras und Nicaragua, vornehmlich in runden Stämmen auf Abladung, hat es nicht gefehlt; der bisher gegenüber der Weltmarktparität zu niedrige Inlandspreis hat es jedoch leider verhindert, daß man der Zuführung ernstlich nähertreten konnte.

Das Fehlen des für unsere Industrie seit vielen Jahrzehnten so wichtigen Nußbaumholzes ist besonders fühlbar. Wenn in den Vereinigten Staaten selbst auch eine gegen früher in bemerkenswerter Weise vermehrte Verwendungsbereitschaft besteht, so ist doch nach den uns vorliegenden Berichten die Preissteigerung keine ganz so starke wie bei anderen amerikanischen Laubhölzern. Demgemäß kann zumindestens mit einer mäßigen Beschickung des deutschen Marktes in absehbarer Zeit wieder gerechnet werden.

Pappeln (Whitewood) scheint im Ursprungslande noch weiterhin erheblich knapper geworden zu sein und deshalb nicht unwesentlich teurer einzustehen. Angebote auf Abladung haben verschiedentlich vorgelegen, ohne daß sich die hiesigen Verbraucher zur Bewilligung der jetzigen Notierungen entschließen konnten.

Satin Nußbaum (Gum), früher gering geachtet, weist drüben die verhältnismäßig größte Preissteigerung auf, weswegen der Wiederzuführung die größten Hindernisse entgegenstehen. Immerhin dürfte das Fehlen dieser Holzart am leichtesten zu verschmerzen sein. Einige Restbestände von Schnittware wurden zu hohen Preisen, auch wohl für die Bleistiftfabrikation, vom Verbrauch aufgenommen.

Pitch-pine und andere amerikanische Weichhölzer, welche früher eine so große Bedeutung auf unserem Markte besaßen, konnten noch nicht wieder herangebracht werden; es wird auch angesichts der starken Nachfrage nach diesen

Erzeugnissen der amerikanischen Forstwirtschaft auf dem Weltmarkte geraumer Zeit bedürfen, ehe an Bezüge von größerem Umfange für uns wieder gedacht werden kann.

Afrika, an dessen Westküste vom Cap Verde bis zur Kongomündung sich auf Tausende von Kilometern Länge und stellenweise Hunderte von Kilometern Tiefe ein unermeßlicher Urwald erstreckt, welcher, im Gegensatz zu vielen anderen Wäldern der tropischen Zonen, eine große Anzahl nutzbarer Hölzer enthält, schien vor dem Kriege seiner Berufung, die Welt außer mit Edelhölzern auch mit vorzüglichen Arten für alle möglichen Blind- und Konstruktionszwecke zu versorgen, in großzügiger Weise gerecht werden zu wollen. Der Krieg hat auch hier ganz besonders eingewirkt, indem die Frachtraumknappheit seit mehreren Jahren die Holzverschiffungen von Afrika so gut wie gänzlich zum Stillstand gebracht hat. Sobald die Entspannung auf dem Frachtenmarkt eintritt, dürfte unser Markt als führendes Vorsorgungszentrum Mitteleuropas auch schnell den früher innegehabten Rang als erster Markt für afrikanische Hölzer wieder einnehmen. Allerdings wird der Verbraucher mit der Wiederkehr der früheren günstigen Bezugsbedingungen und dem teilweise ganz außergewöhnlich niedrigen Preisstande nicht mehr rechnen dürfen.

Mahagoni ist knapp. Aus Heeresbeständen sind einige Posten Schnittmaterial letzthin an den Markt gekommen; Blöcke fehlten seit langem gänzlich, nur eine Nothafenladung ist neuerdings herangekommen und in Auktion verkauft worden, wobei unter regster Beteiligung des gesamten deutschen Holzhandels gegen früher außerordentlich hohe Preise erzielt wurden, welche erkennen ließen, daß ein dringender Bedarf für ausländisches Edelholz vorliegt. Angebote auf Abladung waren bisher spärlich und litten durchweg daran, daß irgendwelche Verschiffungsgelegenheit nicht gleichzeitig genannt werden konnte.

Okoume hatte sich vor dem Kriege unter den afrikanischen Hölzern der Menge nach auf unserem Markt weitaus die erste Stelle erworben. Angesichts des sehr fühlbaren Fehlens dieser Holzart würde man frische Zufuhren sehr begrüßen und für greifbare Ware je nach Beschaffenheit das 25 bis 50-fache des Friedenspreises anzulegen bereit sein. Leider ist noch nicht abzusehen, wann mit dieser Wiederaufnahme der Verschiffungen zu rechnen sein wird. Zunächst fehlt dieses Holz auch auf dem Weltmarkte so gut wie ganz.

Einige Partien aus Nothafenladungen kamen heran und, trotzdem sie durch das langjährige Liegen im Schiffsraum stark gelitten hatten, wurden sie lebhaft begehrt.

Hölzer aus Asien kamen vor dem Kriege, wenn man von dem schnellen Aufschwung der japanischen Ausfuhr absieht, nur in geringen Mengen nach Europa. Inwieweit hier durch den in den westlichen Ländern gesteigerten Bedarf und den hohen Preisstand eine Änderung zu erwarten ist, vermag man heute noch nicht abzusehen. Für die japanische Eiche, früher ein wohlfeiles Material, welches dank der niedrigen Gestehungskosten und der nicht übermäßigen Seefracht sehr wohl mit der heimischen Eiche in Wettbewerb treten konnte, gilt heute das über die amerikanische bereits Gesagte. Burma- und Siam-Teakholz ist infolge der fieberhaft gesteigerten Schiffsbautätigkeit auf der ganzen Welt sehr hoch im Preise, so daß für den mitteleuropäischen Markt der Bezug desselben in beträchtliche Ferne gerückt erscheint.

Java-Teak weist die gleiche Lage auf.

Über seltene Hölzer verschiedener Herkunft wird bemerkt:

Persisches und türkisches Buchsbaum wurde bis jetzt nicht zugeführt. Die Nachfrage nach westindischem steigert sich merklich.

Bulletree wurde in einem die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes erheblich übersteigenden Angebot vorgelegt.

Einige Partien Bleistiftzedern wurden seitens ausländischer Verschiffer auf unserem Markte angeboten, ohne daß jedoch Umsätze zu verzeichnen wären. Zufuhren waren nicht zu vermerken, würden jedoch von jeglicher Provenienz begrüßt werden.

Für Zigarrenkisten kam eine Nothafenladung Westküstenholz heran; auf neue Zufuhren ist vorerst nicht in größerem Umfange zu rechnen. Eine Konsignation von runden Mexikozedern, welche wir als erste Sendung überseeischen Holzes hierherzuziehen vermochten, wird nach beendeter Einlagerung und Vermessung an den Markt gestellt werden.

Ein unbedeutender kleiner Posten Cocobolo aus einer Nothafenladung kam heran.

Afrikanische Ebenholzsorten, einschließlich Madagascar, scheinen in größeren Mengen auf dem Weltmarkt zu fehlen, während von Makassar nicht unbeträchtliche Angebote vorliegen.

Für afrikanisches Grenadill stehen Aussichten auf Zufuhren leider noch in weiter Ferne.

In Jacaranda haben Angebote aus Brasilien noch nicht wieder vorgelegen.

Vereinzelte Partien Pockholz fanden auf unserem Markt Absatz; weiterhin lagen wohl verschiedentlich Angebote vor, aber die immer wieder auftauchende Valutafrage ließ Geschäfte nicht zustande kommen, trotzdem man gewillt war, mehr als das Fünfzigfache des Friedenspreises anzulegen.

Zufuhren von kaukasischem und türkischem Nußbaumholz, von Rosenholz, Rotholz (Fernambuk für Violinbögen) sowie von Satinholz wären sehr erwünscht."

Därme

Einem Marktbericht über gesalzene Därme, den uns die hiesige Firma Bruno Gätjens & Co. zur Verfügung stellte, entnehmen wir: „Deutschland, vor dem Krieg der größte Verbraucher von Därmen auf dem Weltmarkt, wurde, nachdem in der ersten Hälfte des Jahres 1915 Därme als Konterbande erklärt waren, allmählich fast völlig vom Auslandsmarkt in diesem Artikel zurückgedrängt und damit wurde auch Hamburg, der bis dahin größte Stapelplatz für Därme aller Produktionsländer, lahm gelegt. Somit war der Einfuhrhandel auf den Bezug aus den neutralen und verbündeten Staaten angewiesen. Infolgedessen bewegten sich die Preise stark aufwärts und das Geschäft wurde durch die Z. E. G. bzw. Kriegswirtschafts-A.-G. zentralisiert. Seit dem 1. 5. 19 ist die Einfuhr mit gewissen Beschränkungen wieder frei, jedoch erst nach Aufhebung der Blockade belebte sich das Geschäft. Die Preise waren unter Berücksichtigung des schlechten Standes der deutschen Mark den Friedenspreisen entsprechend. Sehr bald aber erfuhren die Preise eine gewaltige Erhöhung und es ist auch nicht damit zu rechnen, daß sie sich erheblich senken werden, solange die Gestehungskosten und die Frachten nicht heruntergehen."

Schildpatt, Elfenbein, Federn

Aus dem Jahresbericht 1919 der hiesigen Firma Gustav F. Weber: „Schildpatt. Neue Zufuhren trafen nicht ein. Die Nachfrage ist dauernd stark. Es notierten: Westindien-, Ostafrika- und Pernambuco-Ware 3 bis 400 ℳ für reguläre Sortimente je ½ kg. Südsee 250 bis 300 Macassar 200 bis 300. Die Nachfrage nach Perlmutterschalen ist ebenfalls groß. Es wurden 10 t aus Nothafenlandungen stammende Madagaskar- und 25 t Lingha-Schalen eingeführt. Das Geschäft in Elfenbein beschränkte sich fast ganz auf den Verkauf von Privatbeständen und einiger Lagerpartien. Die Werte gingen sprunghaft in die Höhe und erreichten im November nach der sehr fest verlaufenen Antwerpener Auktion mit dem Preise von 400 ℳ je kg für etwa 200 kg weiches Ostafrika-Elfenbein im Durchschnittsgewicht von 26 kg ihren bis dahin höchsten Stand. Paradiesvögel, Reiher- und Casuarfedern waren ebenfalls sehr gefragt und erzielten ungeheure Preise."

Getreide und Futtermittel

Halbmonat-Bericht
erstattet von Mitgliedern des „Vereins der Getreidehändler der Hamburger Börse"

Weizen

Vereinigte Staaten. Vom 15. 12. v. J. an ist nicht nur die Ausfuhr von Getreide und Mehl dem freien Handel zurückgegeben, sondern auch die kanadische Grenze für die Einfuhr von Weizen geöffnet worden. Die Ausfuhr nach den Vereinigten Staaten bietet den Kanadiern wesentliche Vorteile, da die amerikanischen Müller ihnen bei weitem bessere Preise zubilligen, als ihnen von der kanadischen Übernahmekommission gezahlt werden und außerdem wegen des niedrigen Standes der englischen Valuta die Bezahlung in amerikanischer Währung vorgezogen wird.

Auf die Preisbildung hat die Einschaltung des freien Handels bisher keinen Einfluß ausgeübt. Es bricht sich aber die Anschauung immer mehr Bahn, daß, wenn die Regierung die jetzigen hohen Preise aufrecht erhalten will, sie den Hunger leidenden Staaten Europas Kredite zur Bezahlung einräumen

muß, um sie mit Brotgetreide versorgen zu können, weil diese außerstande sind, die Lieferungen in amerikanischer Währung zu bezahlen. Andererseits werden in den Vereinigten Staaten auch Befürchtungen laut, daß, wenn man nicht bald Mittel und Wege findet, die gewaltige, im Lande befindliche Menge Weizen nach Europa in Bewegung zu setzen, man Gefahr läuft, im eigenen Überfluß zu ersticken, was naturgemäß eine Senkung des Preises herbeiführen muß, an dessen Aufrechterhaltung die Regierung durch die Garantie des Minimalpreises an die Farmer durchaus interessiert ist. Man sieht auch ein, daß sämtliche kaufenden Länder ihren Bedarf auf ein Minimum beschränken werden und fürchtet die argentinische Konkurrenz, da die Regierung dieses Landes die europäischen Anleihebestrebungen in jeder Weise unterstützt.

Der Streik der Kohlenarbeiter und der durch denselben hervorgerufene Mangel an Kohle im Verein mit dem Waggonmangel hat die Mühlen in eine schwierige Lage versetzt und manche haben ihren Betrieb einstellen müssen. Die Vorräte an Mehl sind jedoch ganz bedeutend und sind infolgedessen keine Schwierigkeiten in bezug auf die Ernährung des eigenen Landes zu befürchten.

Die sichtbaren Vorräte zeigen bei Weizen und Hafer eine beträchtliche Abnahme, während sie bei den übrigen Getreidearten höher ausgewiesen werden. Im einzelnen werden sie wie nachstehend angegeben:

	27. 12 19.	20. 12. 19.	28 12 18.	29. 12. 17.	
Weizen (Ver. Staat.)	78 508	82 700	117 225	18 936	— 4 192
„ (Kanada)..	15 433	16 447	—	18 928	— 1 014
Mais (Ver. Staat.)	2 713	2 174	2 469	3 097	+ 539
Hafer („)	13 408	14 304	33 909	19 778	— 896
Roggen („)	17 887	17 665	15 255	2 450	+ 222
Gerste („)	3 491	3 297	7 032	3 967	+ 104

Der Weizenpreis stellte sich unverändert auf 237 1/2 cts franko Bord New York während sich der Mehlpreis in Minneapolis auf 14,50 $ für Fancy Patents erhöhte. Als Ursache zu dieser Preiserhöhung dürften wohl die oben angeführten Gründe gelten.

Kanada. Da nach Ansicht der kanadischen Weizen-Übernahmekommission bereits der größte Teil der besseren Qualitäten in ihre Hände gelangt ist, mißt man der Öffnung der Grenze nach den Vereinigten Staaten keine große Bedeutung bei. Auf der anderen Seite hat der Abtransport des bereits übernommenen Weizens ans dem Innern nach den Seehäfen sehr viel zu wünschen übrig gelassen, da die Eisenbahn 15—20 Mill. bushel mehr hätte befördern müssen. Durch die Einlagerung in den Inlandselevatoren entstehen Extrakosten in Höhe von 3—4 Mill. $, die den Farmern verloren gehen. Die Ausfuhr wird daher erst wieder nach Wiedereröffnung der Schiffahrt auf dem jetzt vereisten St. Lorenzstrom größeren Umfang annehmen.

Australien. Der Abtransport der Weizenbestände der alten Ernten geht jetzt ungestört vor sich, da jetzt genügend Schiffsraum zur Verfügung gestellt ist, und zwar werden zum großen Teil die von Deutschland ausgelieferten Schiffe zu diesem Transport benutzt. Bei weitem der größte Teil der Ausfuhr geht nach England.

Die Regierung hat beschlossen, den Farmern 5 s je bushel Weizen der neuen Ernte zu garantieren gegen 4 s im Vorjahre. Dieser Preis wird dem Farmer bei Ablieferung ausgezahlt, und erhält er bei Ablieferung ein Anrecht auf eine Nachvergütung, wenn der von der Übernahmekommission erzielte Preis dieser nach Abzug der Unkosten einen Nutzen läßt. Bisher liegen über die neue Ernte, die inzwischen begonnen hat, noch keine Nachrichten vor.

Argentinien. Die Weizenernte ist in den nördlichen Provinzen beendet und auch im Süden bereits weit vorgeschritten. Mit dem Ergebnis ist man im allgemeinen zufrieden, und die bereits nach den Seehäfen gelangten Mengen zeigen eine schöne Qualität.

Der Markt war stetig und die Preise bröckelten allmählich ab. Buenos Aires notierte am 24. 12. 12,05 $ gegen 13,40 $ am 16. 12. Die sichtbaren Bestände zeigen am 24. 12. eine Zunahme von 5000 t auf 130 000 t gegenüber der Vorwoche. Auch der Frachtenmarkt war recht ruhig. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß Argentinien die wichtigste Rolle in der Versorgung Europas mit Weizen spielen wird.

England. Das Wetter ist bis tief in den Dezember hinein sehr günstig gewesen, und die Feldbestellungsarbeiten konnten dauernd gefördert werden. Im übrigen lauten die Nachrichten aus diesem Lande unverändert. Die Ablieferungen des inländischen Weizens an die Mühlen sind gering, während die Zufuhren von Übersee ausreichend waren. Selbstverständlich konnte man nicht allen Wünschen der Müller gerecht werden, von denen der eine lieber eine andere Sorte überseeischen Weizens zur Vermischung mit dem inländischen gehabt hätte, als man ihm zuteilen konnte, und wieder umgekehrt. Allgemeine Beunruhigung herrscht wegen des Ausbleibens größerer Zufuhren von kanadischem Weizen, an den die englischen Müller sehr gewöhnt sind. Auch von nordamerikanischem Mehl kamen große Mengen an, die dazu benutzt wurden, die leergewordenen Läger wieder zu füllen.

Frankreich. Die Saaten konnten sich unter günstigen Verhältnissen gut entwickeln. Die Zufuhren von ausländischem Weizen sind regelmäßig und ausreichend, so daß die Mühlen besser beschäftigt werden konnten. Es ist vom Finanzminister im Senat der Antrag eingebracht worden, die Staatsbeihilfe zur Verbilligung des Brotes aufhören zu lassen, um die Staatskasse zu entlasten, ohne daß dieser Antrag bislang angenommen wurde.

Südosteuropa. Nach den bedeutenden Fortschritten, die die bolschewistischen Armeen in Richtung auf Odessa gemacht haben, erscheint es ausgeschlossen, daß man auf Zufuhren aus Südrußland rechnen kann, und rechnet man in England nicht mehr auf dieses Land in bezug auf die Weltversorgung mit Brotgetreide.

Roggen

Vereinigte Staaten. Die Preise haben täglich angezogen, so daß in New York am 8. 1. 203 1/2 ct franko Bord gegen 198 1/2 ct am 22. 12. notiert wurden. Da der Eigenverbrauch des Landes sich immer noch in bescheidenen Grenzen bewegte und andererseits das Verbot, Getreide zur Fabrikation von alkoholhaltigen Getränken zu verwenden, erneuert wurde, kann man diese Steigerung des Preises nur auf größere Käufe Europas zurückführen, besonders wo die Bestände einen immer größer werdenden Umfang annehmen. Darnach haben die Spekulanten Recht behalten, die eine Steigerung des Roggenpreises voraussahen, weil Roggen gegenüber Weizen verhältnismäßig billig war, und die verarmten europäischen Länder auf das billigste Getreide zuerst zurückgreifen würden, nachdem die Finanzierungsschwierigkeiten aus dem Wege geräumt waren.

Mais

Vereinigte Staaten. Der Markt war nur geringen Schwankungen unterworfen, doch war die Forderung gegenüber unserem letzten Bericht niedriger, da Chicago am 8. 1. nur 140 3/4 ct gegen 144 1/2 ct am 22 12 notierte. Die Ankünfte aus dem Innern werden jetzt reichlicher, doch ist der Konsum immer noch begierig, dieselben aufzunehmen, so daß die sichtbaren Bestände nur eine geringe Zunahme aufweisen.

Argentinien. Die Qualität des zu den Seehäfen gelangenden Mais ist durchaus zufriedenstellend. Der Preis fob Buenos Aires ging gegen unseren letzten Bericht um 20 ct auf 6,25 $ zurück, während die sichtbaren Bestände am 24. 12 mit 145 000 t ausgewiesen werden und eine Zunahme um 15 000 t zeigen. Die Verladungen hielten sich ziemlich auf der gleichen Höhe, von denen der größte Teil nach England bestimmt wurde.

Hafer

Vereinigte Staaten. Die während der vorigen Berichtsperiode eingesetzte Preissteigerung hat sich fortgesetzt. Hafer notierte am 8. 1. 99 1/2 ct fob New York gegen 97 1/4 ct am Schlusse unseres vorigen Berichtes. Die Ursache hierzu liegt in der starken Nachfrage Europas, da nicht allein England sondern auch Frankreich und Belgien als Käufer größerer Mengen auftraten Eine Folge der starken Verschiffungen ist die relativ starke Abnahme der sichtbaren Bestände.

Argentinien. In Zusammenhang mit den übrigen Getreidesorten ist auch der Preis für Hafer um 20 ct auf 6,65 $ zurückgegangen, wie aus Buenos Aires am 24. 12. gemeldet wurde. Die Verschiffungen waren nur gering.

Leinsaat

Vereinigte Staaten. Der Markt in Duluth war starken Schwankungen unterworfen. Man bezahlte am 31. 12. für greifbare Ware 470 ct gegen 500 ct am 20. 12. Bei der Preisbildung scheinen jedoch größere Ankünfte vom La Plata, sowie die Festtage eine Rolle gespielt zu haben, da nach brieflichen Mitteilungen die Nachfrage nach Öl unverändert stark ist, während das Angebot von Saat nur klein ist.

Argentinien. Der Leinsaatschnitt ist im Allgemeinen beendet, und man erwartet eine Rekordernte, über deren mutmaßliche Größe noch keine näheren Mitteilungen vorliegen. Der Preis in Buenos Aires senkte sich auf 32.85 $ lt. Telegramm vom 24. 12. Verladen wurden 11 000 t, von denen 7000 t nach New York bestimmt wurden.

Vermischtes

Der Viehbestand Deutschlands. Die Ergebnisse der letzten Viehzählung am 1. September 1919 bieten manche erfreuliche Momente. Die Anzahl der viehbesitzenden Haushaltungen ist in den drei Monaten seit der vorletzten Zählung am 2. Juni 1919 um 339 808 gestiegen: 6 248 151 gegen 5 908 343. Der Bestand an Pferden hat um 4402 zugenommen und beträgt 3 484 635 gegen 3 480 233. Bei der Verwendungsart ist eine erhebliche Verschiebung bemerkbar. Bei den vorwiegend zu landwirtschaftlicher Arbeit verwendeten sind 58 279 und in den Betrieben des Handels, Gewerbes oder der Industrie 13 686 weniger als im Juni gezählt worden, hingegen im Privatbesitz als Reit-, Kutsch-, Renn- und Traberpferde 2879 und im Besitz von öffentlichen Körperschaften oder Behörden 5475 mehr. — Bei Rindvieh werden Kälber unter 3 Monate alt, Jungvieh 3 Monate bis noch nicht 1 Jahr alt, desgl. 1 Jahr bis noch nicht 2 Jahre alt und 2 Jahre altes und älteres Rindvieh unterschieden. Die Gesamtzunahme war 195 800 Stück. (16 357 364 gegen 16 161 584) Darunter: Kälber unter 3 Monate alt, 1 670 603 (Abnahme gegen Juni 195 780), Jungvieh bis 1 Jahr, 2 700 663 (Zunahme 295 432), desgl. bis 2 Jahre alt, 2 381 026 (Zunahme 141 253), Bullen, Stiere und Ochsen, 991 833 (Zunahme 23 833), und Kühe, 8 613 239 (Zunahme 189 563 Stück). Die Anzahl der Milchkühe war im Juni 7 521 716 und am 1. Sept. 7 682 785. — Der Bestand an Schafen war 5 813 149 gegen 6 172 805, und hat somit 359 656 Stück abgenommen. — Ein sehr günstiges Ergebnis bietet die Zunahme an Schweinen: 11 099 431 am 2. September gegen nur 8 491 576 am 2. Juni, somit eine Steigerung von **2 607 855** Stück oder **30,71** v. H.

Im einzeln zeigen eine Zunahme:

1 Jahr alte und ältere Schweine	um	12,79 v. H.
unter 8 Wochen alte Schweine (Ferkel)	„	16,51 „
8 Wochen bis noch nicht ½ Jahr alte Schweine	„	22,35 „
½ bis noch nicht 1 Jahr alte Schweine	„	76,80 „

Im März 1918 betrug der Schweinebestand 5 723 178, im März 1919 7 169 695 und im Dezember 1918 10 080 375. — Ziegen haben von Juni bis September um 71 254 Stück zugenommen: 4 564 210 gegen 4 492 956. — Die zahmen Kaninchen haben sich in diesem kurzen Zeitraum um 3 111 080 Stück vermehrt: von 7 390 017 auf 10 501 097, d. i. um 42,10 v. H. — Das Federvieh überhaupt hat um 9 691 605 Stück zugenommen, es wurden gezählt 60 918 695 gegen nur 51 227 090 am 2. Juni 1919. Die Gesamtsteigerung ist somit 18,91 v. H.

Bei den einzelnen Arten war diese Steigerung:

	2. Juni	1. Sept.	Zunahme
Gänse	7 345 849	8 413 186	14,53 v. H.
Enten	2 524 178	4 877 594	92,19 „
Hühner	41 357 063	47 627 915	15,16 „ *F. L.*

Wirtschaftlicher Nachrichtendienst. Man schreibt uns: „In der Wollarchiv-G. m. b. H., Berlin SW. 61, Belleallianceplatz 13, hat sich kürzlich die Wollindustrie für die Bereitstellung von Informationsmaterial für die gesamte Wollwirtschaft eine ganz neuartige Spezialorganisation geschaffen, die bereits seit einigen Monaten mit ihren Veröffentlichungen hervorgetreten ist. Das aus In- und Ausland beschaffte Material wird, nachdem es im Archiv verarbeitet ist, den Interessenten in erster Linie durch das Organ der Gesellschaft, die Wochenschrift „Das Wollarchiv", zugänglich gemacht, die in ihrem Nachrichtenteil durch kurze Notizen über sämtliche in Frage kommenden Vorgänge die Möglichkeit zur erstmaligen umfassenden Information bietet, welche durch die „Mitteilungen", in denen Aufsätze von sachverständiger Seite über schwebende Fachfragen von grundsätzlicher Bedeutung erscheinen, weiterhin vertieft wird. Darüber hinaus werden weitere Informationen seitens der Auskunftsabteilung des Wollarchivs auf Anfragen jederzeit gerne erteilt. Wenn auch im Archiv die Entwicklung aller die Wollwirtschaft irgendwie berührenden Faktoren des Wirtschaftslebens weitgehend verfolgt wird, so versteht es sich doch von selbst, daß sich die Veröffentlichungen und die Auskünfte des Archivs auf solche Fragen beschränken müssen, die mit der Wollwirtschaft im unmittelbaren Zusammenhang stehen. Zum Zwecke der allgemeinen wirtschaftlichen Berichterstattung sind ja bereits seit Jahren groß angelegte Organisationen tätig, und es wird von keiner Seite gewünscht, auf diesem Gebiete durch Doppelarbeit nutzloserweise Zeit und Kräfte zu vergeuden."

Die Finanzen Sowjet-Rußlands. Aus dem von dem Finanzkommissar Krestinski veröffentlichten Bugdet der Sowjet-Republik entnehmen russische Blätter folgendes:

	in 1000 Rubel	
	Ausgaben	Einnahmen
1. Hälfte des Jahres 1918	17 602 722	2 852 727
2. „ „ „ 1918	29 074 194	12 720 194
1. „ „ „ 1919	50 702 627	20 349 627
	97 379 548	35 922 548

Defizit: 61 457 000

Das Defizit von 18 Monaten hat also die stattliche Höhe von 61½ Milliarden Rubel erreicht. Es wird außerdem angegeben, daß die tatsächliche Ziffer des Defizits noch größer sei, denn die im Voranschlag des Etats angenommenen 10 Milliarden Einnahmen der Steuer von den russischen Bourgeois hätte nicht einmal eine ganze Milliarde erbracht. Zum 1. 6. 19 sind erneut ausgegeben worden 30 Milliarden Sowjet-Rubel, für die die gleiche Summe Zaren-Rubel aus dem Verkehr gezogen werden soll. In Minsk, einem der jetzt wichtigen Umschlagsplätze im Verkehr mit der Ukraine, ergab kürzlich ein Zaren Rubel 16,45 Kerenski Rubel, 3,12 Duma-Rubel. Im offiziellen Bericht fehlen leider Angaben über die Gesamtziffer der von der Sowjet-Regierung ausgegebenen Rubel. Es wird angenommen, daß im Sommer 1919 etwa 80 Milliarden Rubel kursiert haben; im letzten Halbjahr hat dann die Geldnotenpresse ganz besonders stark gearbeitet. *E.*

Neueingänge

einzusehen im Lesezimmer Rothenbaumchaussee 12, geöffnet von 8-4 Uhr

Deutschland

„Die Bedeutung der deutschen elektrotechnischen Spezialfabriken für das deutsche Wirtschaftsleben." Berlin, Vereinigte elektrotechn. Spezialfabriken (um 1919). 7 S.

„Bezugsquellen für Erzeugnisse elektrotechnischer Spezialfabriken." Ausg. 1919 Berlin, Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken 1919. XX, 200 S.

Ein Büchlein, dem wir im Interesse der elektrotechnischen Spezialfabriken die weiteste Verbreitung wünschen.

„Jahrbuch des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- u. Wirtschaftsgenossenschaften e. V." Jg. 21 f. 1917. Hrsg. v. Hans Crüger. 1918. Berlin, Guttentag, 1917.

„Allgemeine Deutsche Seeversicherungsbedingungen." Im Jahre 1919, hrsg. von den deutschen Seeversicherern nach Beratung mit deutschen Handelskammern u. Fachverbänden unt. Vorsitz d. Handelskammer Hamburg. Hamburg, Friederichsen, 1919. 56 S.

„Verzeichnis von Waren deren Ausfuhr aus dem Deutschen Reich gestattet ist." 3. Aufl. Nach dem Stande vom 3. April 1919. (Nebst) Nachtr. 1. Zsgest. vom Meßamt f. d Mustermessen in Leipzig. Leipzig, 1919. 55 S. Nachtr. 1. Nach d. Stande v. 18. Aug. 1919.

„Lohn und Gehalt bei Streiks und anderen Arbeitshindernissen." Hrsg. von den Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin. (Berlin 1919, Unger.) 19 S.

Juristisch-sachliche Darstellung der Ansprüche der Arbeiter auf Lohn oder Gehalt in Streikfällen usw.

„Die Nordseehäfen." Ihre Bedeutung in der Weltwirtschaft und Stellung im Deutschen Reiche. Von Hermann Schumacher. Leipzig und Berlin, Teubner, 1919. 23 S. (Vorträge der Gehe-Stiftung zu Dresden. Bd. X, H. 1.) 1,20 *M.*

Die Schrift ist vor Bekanntwerden der Friedensbedingungen geschrieben worden, verdient aber gleichwohl gerade im Hinblick auf diese Beachtung. „dt.

Verantwortlich für: Ausländische Volkswirtschaften und allgemeine Redaktionsangelegenheiten: Hauptschriftleiter Dr. Paul Heile; Deutsche und österreichisch-ungarische Volkswirtschaft: Hauptschriftleiter Dr. Kurt Singer; Anzeigenteil: Horst Weyhmann, Geschäftsführer des W.-D.; sämtlich in Hamburg 36, Rothenbaumchaussee 5.
Druck von H. O. Persiehl, Hamburg 8.